



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 9/10

September/Oktober 1973

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: Studenten in Schleswig-Holstein

Aufsätze:

- Zur Bildungswanderung der Studenten
- Abiturienten-Berufswünsche ohne Studium
- Kraftfahrzeugbestand
- Gestorbene 1971
- Erwerbsobstbau

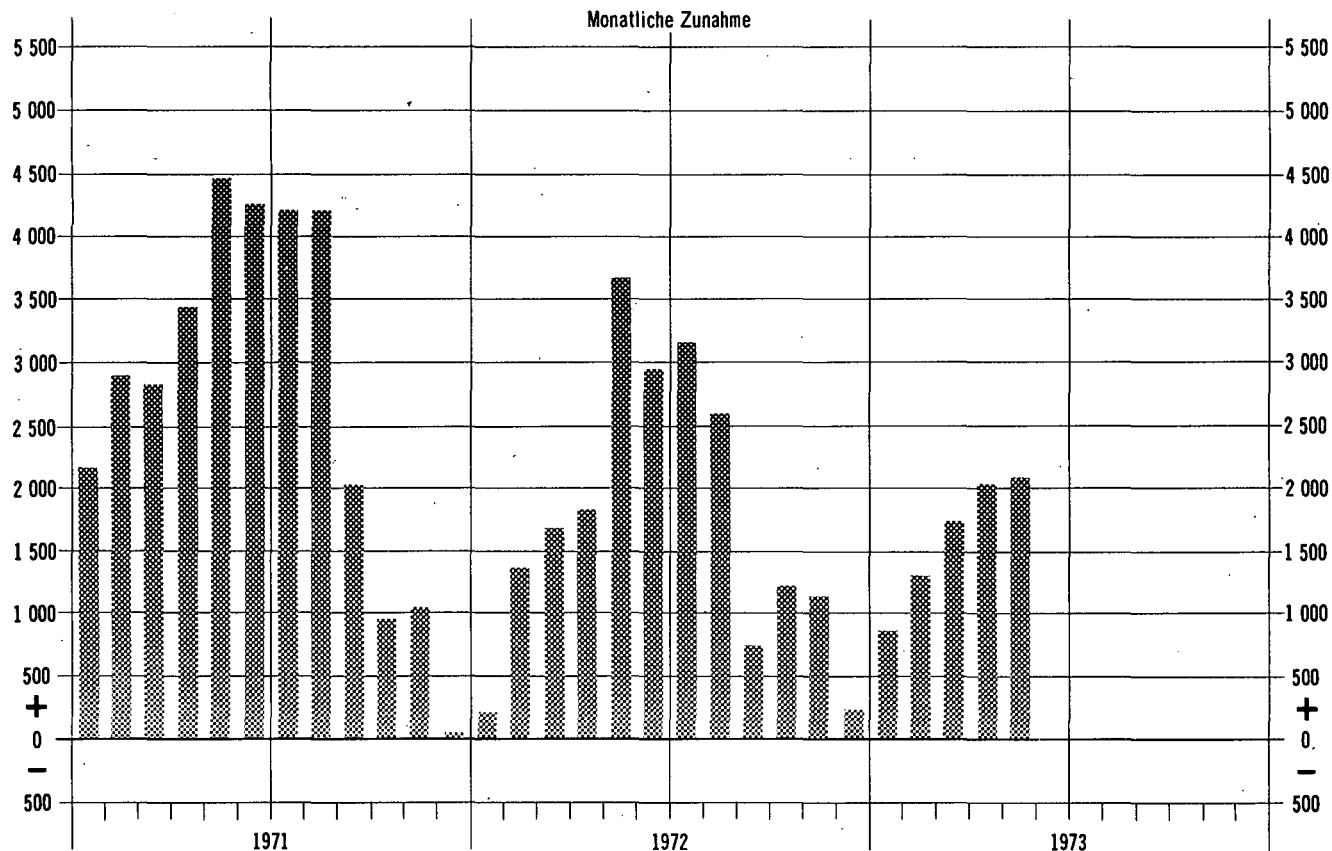
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



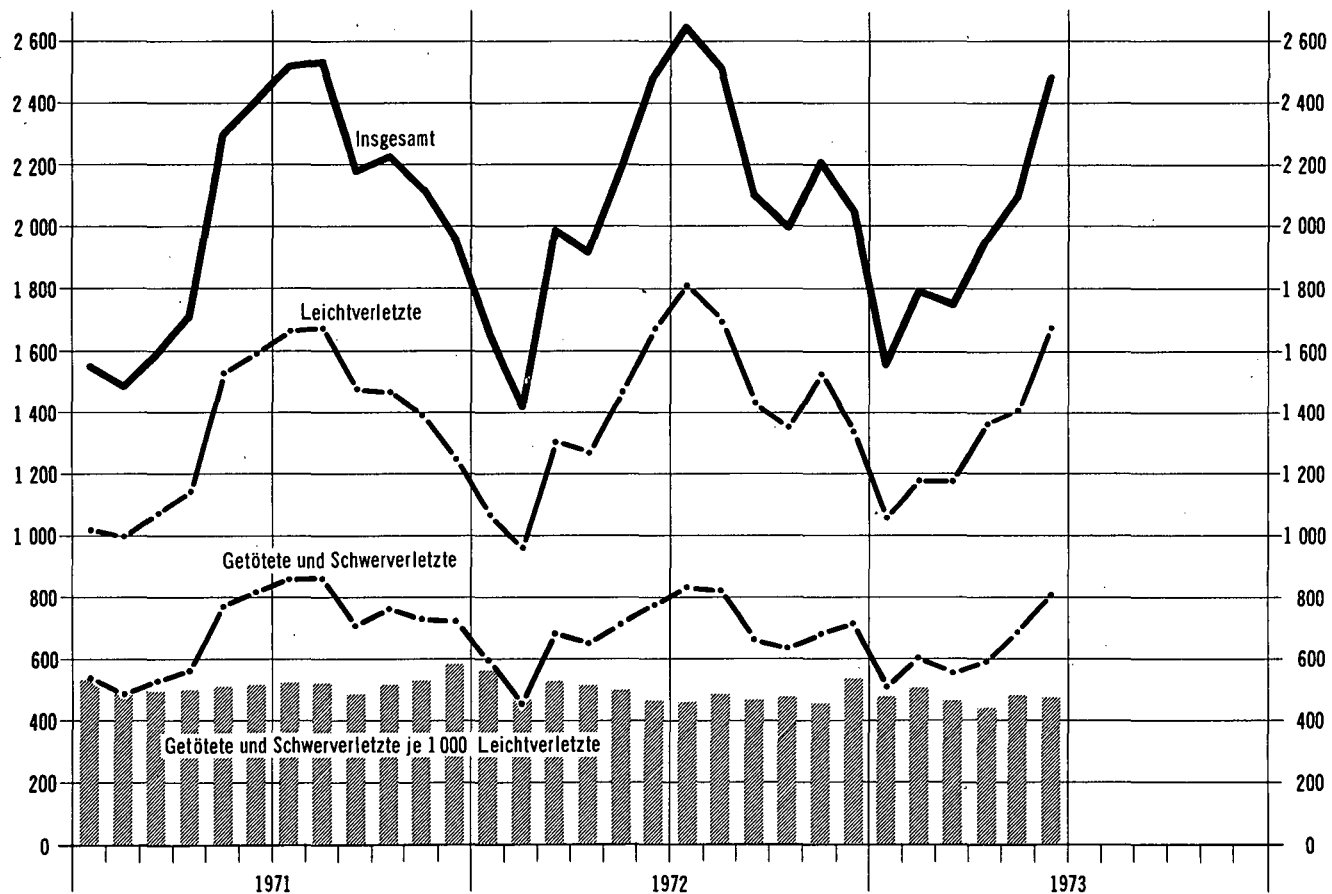
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 9/10

September/Oktober 1973

Aktuelle Auslese



Baugenehmigungen rückläufig, Baufertigstellungen nahezu unverändert

Von Januar bis Juli 1973 wurde in Schleswig-Holstein der Bau von 7 396 Wohngebäuden mit 18 188 Wohnungen genehmigt. Das sind zwar 387 oder 6 % mehr Gebäude, aber 2 143 oder 11 % weniger Wohnungen als von Januar bis Juli 1972. Daraus folgt, daß die sich abzeichnende Wende auf dem Wohnbaumarkt aus der Entwicklung bei den Mehrfamilienhäusern resultiert. Während in Mehrfamilienhäusern 2 485 oder 19 % weniger Wohnungen genehmigt wurden, hielt bei den Ein- und Zweifamilienhäusern die steigende Tendenz mit einer Zunahme um 342 Wohnungen oder 5 % noch an.

Die Baufertigstellungen im Wohnbau der ersten sieben Monate dieses Jahres liegen geringfügig unter dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Bis Ende Juli wurden 2 613 Wohngebäude mit 6 911 Wohnungen fertiggestellt. Das sind 157 oder 6 % weniger Gebäude und 208 oder 3 % weniger Wohnungen als von Januar bis Juli 1972. In Ein- und Zweifamilienhäusern belief sich der Rückgang auf 90 Wohnungen und in Mehrfamilienhäusern auf 118 Wohnungen.



Fast 18 000 Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein

Im Sommersemester 1973 studierten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein rund 17 900 Studenten, knapp 400 weniger als im Wintersemester 1972/73. Diese Entwicklung ist durch viele – zum Teil gegenläufige – Faktoren (Zahl der Studienanfänger, Fluktuation durch Hochschulwechsel, Abgänge nach bestandener Prüfung, Auswirkungen des Numerus clausus u. a. m.) be-

dingt. Sie ist aber vor allem darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Studienanfänger im Sommersemester jeweils kleiner ist als im Wintersemester, da der Zeitpunkt der Reifeprüfung im Frühsommer den Studienbeginn für die Abiturienten erst im folgenden Wintersemester ermöglicht.

	Winter- semester 1972/73	Studenten Sommer- semester 1973	Veränderung
Universität Kiel	9 584	9 376	- 208
Medizinische Hochschule Lübeck	236	301	+ 65
Pädagogische Hochschule in Kiel	2 733	2 784	+ 51
Pädagogische Hochschule in Flensburg	890	868	- 22
Fachhochschulen	4 864	4 582	- 282
Hochschulen insges.	18 307	17 911	- 396



Das Fremdenverkehrsbarometer stand im Juli auf "Schön"

Wie schon im Juni so hat auch im Juli 1973 die Zahl der Gäste und Übernachtungen in Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen. Während die Zahl der Gäste gegenüber 1972 um knapp 9 % anstieg, erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen um fast 11 % und blieb damit im Juli 1973 nur knapp unter der Grenze von 6 Millionen. Von März bis Juli 1973 wurden in Schleswig-Holstein 1,3 Mill. Gäste und 11,4 Mill. Übernachtungen gezählt, das sind 8 % Gäste und fast 12 % Übernachtungen mehr als ein Jahr zuvor. Gegenüber 1971 hat sich die Zahl der Übernachtungen von März bis Juli 1973 um 14 % erhöht. Maßgebend für das gute Ergebnis in diesem Jahr war zweifellos das schöne Wetter in Vor- und Hauptsaison.

Zur Bildungswanderung der Studenten

Die Quote der Bildungsseßhaftigkeit

Unter dem Schlagwort "Bildungswanderung" versteht man die Fragen danach, in welchem Umfang und aus welchen Gründen die Studenten an anderen Orten studieren als sie bis zum Beginn des Studiums gewohnt haben. Die statistische Untersuchung beruht auf den Antworten der Studenten auf die zu jedem Semesterbeginn unter anderem gestellte Frage nach der Heimatanschrift. Heimatanschrift (ständiger Wohnsitz) ist in der Regel der Wohnsitz der Eltern. In einigen Fällen werden allerdings Studenten, besonders verheiratete, auch den Studienort als Heimatanschrift angeben. Eine für das Sommersemester 1959 vom Deutschen Studentenwerk durchgeführte Erhebung kam zu dem Ergebnis, daß rund 5% aller Studenten im Bundesgebiet als ständigen Wohnsitz für die Dauer des Studiums den Hochschulort angegeben hatten. Die Diskussion darüber, welchen Herkunftsort - den ständigen Wohnsitz (Wohnort) oder den Ort des Erwerbs der Hochschulberechtigung (Schulort) - man für die Darlegung der Bildungswanderung der Studenten zugrunde legen solle, verliert dadurch an Bedeutung, daß bezüglich der Herkunft der Studenten nur Bundesländer unterschieden werden. Die Zahl der Fälle, wo Wohnort und Schulort in verschiedenen Bundesländern liegen, dürfte daher sehr gering sein.

Im Wintersemester 1971/72 gab es rund 16 800 deutsche Studenten, die ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein hatten. Von diesen Studenten waren 7 800 an der Universität Kiel, an der Medizinischen Hochschule Lübeck¹ oder an den Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg immatrikuliert². Das entspricht einer Quote von 47%. Diese Relation wird als "territoriale Bildungsseßhaftigkeit" bezeichnet³. Hierunter wird also der Anteil der Studenten verstanden, die eine Hochschule in ihrem "Heimatland" besuchen. Weist ein Land eine niedrige Quote auf, so deutet das auf eine hohe Abwanderung der dort beheimateten Studenten hin. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist diese Quote in Schleswig-Holstein gering. Berlin weist wegen seiner regionalen Sondersituation eine Bildungsseßhaftigkeit seiner Studenten von 92% auf. Es folgen die Bundesländer Bayern

mit 88%⁴, Baden-Württemberg mit 83%, Hamburg mit 82%, Nordrhein-Westfalen mit 80% und das Saarland mit 75%. Eine niedrigere Quote als Schleswig-Holstein verzeichnet nur Rheinland-Pfalz mit 44%. Im Bundesgebiet insgesamt waren von den 445 000 deutschen Studenten des Wintersemesters 1971/72 knapp drei Viertel an Hochschulen ihres "Heimatlandes" eingeschrieben.

Die häufig aufgestellte These, daß die Bildungsseßhaftigkeit steige, kann für die Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein bestätigt werden. Im Wintersemester 1960/61 hatten 42% der schleswig-holsteinischen Studenten eine Hochschule in Schleswig-Holstein besucht, im Wintersemester 1967/68 waren es bereits 46% gewesen. In den folgenden Wintersemestern zeigte sich nur ein geringer Anstieg der Quote der Bildungsseßhaftigkeit:

1969/70	46%
1970/71	46%
1971/72	47%.

Diese Tendenz gilt mit einigen Ausnahmen für alle Bundesländer. Inwieweit der in den letzten Semestern an allen Hochschulen des Bundesgebietes verstärkt eingeführte Numerus clausus auf das Wanderungsverhalten der Studenten einwirkt, läßt sich konkret noch nicht feststellen.

Wo bleiben nun die in Schleswig-Holstein beheimateten Studenten, die nicht in diesem Bundesland studieren? Nach den Auswertungen der Studentenstatistik aus drei Wintersemestern ergibt sich folgendes Bild:

Bundesland, in dem sie studierten	Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein in den Wintersemestern					
	1969/70		1970/71		1971/72	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	6 164	46	6 681	46	7 795	47
Hamburg	3 242	24	3 917	27	4 662	28
Niedersachsen	1 271	10	1 078	7	1 310	8
Baden-Württemberg	798	6	766	5	776	5
Nordrhein-Westfalen	450	3	404	3	474	3
Übrige Bundesländer	1 437	11	1 543	11	1 741	10
Bundesgebiet insgesamt	13 362	100	14 389	100	16 758	100

1) hier und im folgenden sind die Studenten der Medizinischen Akademie Lübeck eingeschlossen, die seit Mai 1973 als Medizinische Hochschule Lübeck selbständig ist

2) Die Studenten an den Fachhochschulen konnten noch nicht berücksichtigt werden

3) hierzu: W. Müller und G. Kurtz-Solowjew, Regionale Aspekte des Hochschulbesuchs in England und der Bundesrepublik

4) Diese hohe territoriale Bildungsseßhaftigkeit der bayerischen Studenten wurde vermutlich durch das Gesetz begünstigt, das den Studienbewerbern aus Bayern im Rahmen des Numerus clausus eine Sonderstellung einräumte. Dieses Gesetz vom 8. 7. 1970 ist inzwischen durch das Bundesverfassungsgericht als unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt worden

Die vorstehenden Zahlen unterstützen die These, daß die Studenten eher geneigt sind, nahe gelegene als weiter entfernte Hochschulen zu besuchen. Hierfür dürften viele Gründe maßgebend sein, zum Beispiel Fahrkosten, Kosten der Lebenshaltung und persönliche Bindungen. Von den Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein studierten in den genannten drei Wintersemestern 80% bis 83% in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen.

Besondere Anziehungskraft für Studenten aus Schleswig-Holstein hat die Universität Hamburg. Dafür mögen viele Motive - unter anderem die Wertschätzung der Hansestadt Hamburg als Weltstadt - maßgeblich sein. Ein wichtiger Grund ist zudem die Möglichkeit, aus den hamburgnahen Kreisen Schleswig-Holsteins nach Hamburg einzupendeln. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 gab es in Schleswig-Holstein rund 6 500 Schüler und Studenten, die als Ausbildungspendler nach Hamburg einpendeln. Darunter sind viele schleswig-holsteinische Studenten, die an der Universität Hamburg studieren, um die Lehrbefähigung an Grund- und Hauptschulen, an Realschulen, an Sonderschulen oder an berufsbildenden Schulen zu erwerben. Im Wintersemester 1970/71 sind es 840 und im Wintersemester 1971/72 1 092 Studenten gewesen. Das waren 21% und 23% aller Studenten aus Schleswig-Holstein, die in den genannten Semestern an der Universität Hamburg studiert haben.

Ein sehr wichtiger Anlaß für die Bildungswanderung der Studenten ist in dem begrenzten Bildungsangebot im Heimatland zu sehen, was sich besonders deutlich bei den ingenieur-technischen Disziplinen zeigt. Es gibt kein Bundesland ohne Universität, aber immerhin fünf Länder ohne technische Universitäten oder Hochschulen: Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein. Dabei sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Fachhochschulen - hier also der Fachbereich Technik - noch nicht berücksichtigt werden konnten. Der Wunsch, ein Studium an einer technischen Universität aufzunehmen, kann von den in Schleswig-Holstein beheimateten Studienberechtigten im Nachbarland Niedersachsen an den technischen Universitäten in Hannover, Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld realisiert werden, sofern der dort bestehende Numerus clausus den Studienbeginn nicht verhindert. Immerhin waren im Wintersemester 1970/71 von den rund 1 100 schleswig-holsteinischen Studenten, die in Niedersachsen eine Hochschule besuchten, knapp die Hälfte in den ingenieur-technischen Fächern an den genannten technischen Universitäten eingeschrieben.

Die Quote der Einzugsintensität

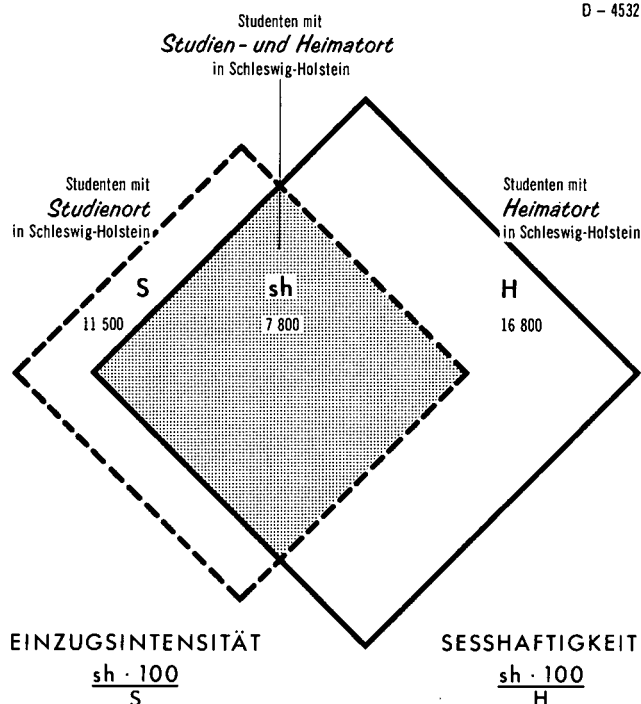
Ein weiteres wichtiges Merkmal für die Bildungswanderung der Studenten ist der Anteil derer, die in einem Lande studieren und dort zu Hause sind, an allen, die in diesem Lande studieren. Wird dieser Anteil für eine bestimmte Hochschule errechnet, so ergibt sich die Quote der Einzugsintensität dieser Hochschule, die auch als Maß für die Eigenschaft als "Landeshochschule" gilt.

Zur Quote der territorialen Bildungsseßhaftigkeit bestehen bestimmte Beziehungen: Beide Quoten sind gleich, wenn die Mengen "Studenten, die im Lande studieren" und "Studenten mit Heimatort in diesem Lande" gleich groß sind. Wenn die Quoten gleich groß und kleiner als 100% sind, folgt daraus, daß dieses Land eben so viele Studenten in andere Bundesländer "exportiert" wie es aus anderen Ländern "importiert". Die Studentenbilanz wäre in diesem Falle ausgeglichen. Ist die Quote der Einzugsintensität größer als die Quote der Bildungsseßhaftigkeit, so ist das betreffende Bundesland ein "Exportland" von Studenten. Der entsprechende Zusammenhang gilt für die umgekehrten Verhältnisse. Wären beide Quoten gleich 100%, dann bestünde überhaupt keine Bildungswanderung.

Im Wintersemester 1971/72 hatten von den rund 11 500 deutschen Studenten an der

Die Ableitung der Quoten zur Bildungswanderung Zahlen für Schleswig-Holstein, Wintersemester 1971/72

D - 4532



Der Einzugsbereich der Hochschulen in Schleswig-Holstein (ohne Fachhochschulen)

Ständiger Wohnsitz	Deutsche Studenten im Wintersemester						%
	1960/61	1965/66	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	
Schleswig-Holstein	3 927	4 954	6 068	6 164	6 681	7 795	67,8
Hamburg	97	162	161	160	160	174	1,5
Niedersachsen	659	923	1 092	1 143	1 235	1 401	12,2
Baden-Württemberg	113	209	179	200	244	262	2,3
Nordrhein-Westfalen	428	592	602	714	756	964	8,4
Bremen	143	153	192	233	279	340	3,0
Hessen	72	133	133	157	163	186	1,6
Bayern	47	85	83	90	93	122	1,1
Übrige Bundesländer und Ausland	143	175	181	93	189	251	2,2
Insgesamt	5 619	7 386	8 691	9 025	9 800	11 495	100

Universität Kiel und an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg 68% ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein. Dieser Anteil hat sich im letzten Jahrzehnt nur unwesentlich verändert.

Im Vergleich mit Schleswig-Holstein lag die Quote der Einzugsintensität für das Wintersemester 1971/72 in Nordrhein-Westfalen (86%), Bayern (81%), Hessen (74%), Niedersachsen (73%) und Baden-Württemberg (73%) höher. Das bedeutet, daß an den Hochschulen dieser Bundesländer relativ weniger Studenten aus anderen Ländern "importiert" wurden als es für Schleswig-Holstein der Fall war. An den Hochschulen von Hamburg (Quote 45%) waren hingegen mehr als die Hälfte der Studenten nicht in dem Stadtstaat beheimatet. Niedrigere Zuwanderungsquoten als Schleswig-Holstein wiesen auch Rheinland-Pfalz (65%) und das Saarland (67%) auf.

Für Schleswig-Holstein ist die Quote der Bildungsseßhaftigkeit stets kleiner gewesen als die Quote der Einzugsintensität, das heißt also, daß bisher in jedem Semester mehr Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein in anderen Bundesländern studierten als landesfremde Studenten an Hochschulen in Schleswig-Holstein. Betrachten wir das Wanderungsverhalten der Studenten im Wintersemester 1971/72, so zeigt sich, daß die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu den "Exportländern" von Studenten zählen, während Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland und Berlin per Saldo mehr landesfremde Studenten an ihren Hochschulen aufwiesen als "Landeskinder" in anderen Bundesländern studierten und somit zu den

"Importländern" gerechnet werden. Hessen ist das einzige Land, in dem sich die beiden Quoten fast entsprechen, wo sich also die Studentenbilanz ausgleicht.

Die meisten der nicht in Schleswig-Holstein beheimateten Studenten kamen auch im Wintersemester 1971/72 aus Niedersachsen: gut 1 400 Studenten oder 38% der 3 700 Studenten, die außerhalb Schleswig-Holsteins ihren ständigen Wohnsitz hatten. Bezogen auf die 11 500 Studenten, die sich im Wintersemester 1971/72 an den Hochschulen Schleswig-Holsteins immatrikuliert hatten, waren dies 12%. Das zweithöchste landesfremde Kontingent kam mit etwa 950 Studenten aus Nordrhein-Westfalen, was 26% der landesfremden Studenten und gut 8% der Studenten in Schleswig-Holstein entspricht. Ihren ständigen Wohnsitz in Bremen wiesen 340 Studenten nach (9% und 3%). Bei der hohen Quote der territorialen Bildungsseßhaftigkeit der Hamburger Studenten (82%) erscheint der geringe prozentuale Anteil dieser Studenten an den landesfremden Studenten (knapp 5%) und an der Gesamtzahl der Studenten in Schleswig-Holstein (1,5%) nicht überraschend.

25% der deutschen Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein hatten im Wintersemester 1971/72 ihren ständigen Wohnsitz außerhalb des Landes im norddeutschen Raum (Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen). In den vorhergehenden Wintersemestern sahen diese Anteile wie folgt aus:

1960/61	23 %	1969/70	25 %
1965/66	25 %	1970/71	25 %
1968/69	24 %	1971/72	25 %

Bemerkenswert ist die Konstanz dieses Anteils. Auffallend deshalb, weil neue Universitäten in Bochum, Bielefeld und Bremen gegründet wurden und somit angenommen werden kann, daß dieses zusätzliche Bildungsangebot die Zahl der landesfremden Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein vermindern würde. Daß die Relation dennoch unverändert blieb, erklärt sich vielleicht aus mehreren Gründen. Die Kapazität der neu gegründeten Hochschulen ist in der Anfangsphase des Lehrbetriebs nicht groß und wird erst im Laufe der Zeit ausgebaut. Häufig werden auch in der Aufbauphase einer Hochschule noch nicht alle Studienfächer angeboten. Schließlich sind auch die Studentenzahlen, die als Folge der geburtenschwachen Kriegsjahrgänge vorübergehend niedrig geblieben waren, seit etwa 1968 zunehmend angestiegen.

Der Einzugsbereich der Universität Kiel

Im Wintersemester 1960/61 studierten an der Christian-Albrechts-Universität (einschließlich der Medizinischen Hochschule Lübeck) gut 4 500 Studenten, von denen rund 64% ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein hatten. Dieser Anteil verringerte sich bei steigender Zahl der Studenten zum Wintersemester 1965/66 um rund 4 Punkte, stieg dann im Wintersemester 1968/69 auf 62%, blieb im Wintersemester 1970/71 unverändert und fiel schließlich im Wintersemester 1971/72 auf 61%.

Untersucht man die Zahl der Studienanfänger, das sind die Studenten im ersten Hochschulsemester, nach dem gleichen Kriterium, so erhält man für die Studienanfänger höhere Quoten der Einzugsintensität als bei den Studenten insgesamt: 1968/69 betrug die Quote etwa 72%, 1970/71 66% und 1971/72 64%. Hiernach kann vermutet werden, daß ein Teil der in Schleswig-Holstein beginnenden und hier beheimateten Studenten nach einer gewissen Zeit das Studium in einem anderen Land fortsetzt, und daß diese Exmatrikulationen der "Landeskinder" nicht durch Zugänge von älteren, hier beheimateten Studenten kompensiert wird. Eine genaue Untersuchung wird allerdings erst im Rahmen einer individualisierten Verlaufsstatistik auf Bundesebene möglich werden.

Die meisten der landesfremden Studenten an der Christian-Albrechts-Universität haben ihren ständigen Wohnsitz erwartungsgemäß in Niedersachsen. In den letzten Jahren betrug ihr Anteil rund 14% bis 15%, aus Nordrhein-

Westfalen kamen 9% bis 10% und aus Bremen 3% bis 4% der Studenten an die Christian-Albrechts-Universität.

Das Universitätsnetz in Norddeutschland ist relativ dünn. Im Norden weisen Hamburg, Kiel und seit dem Wintersemester 1971/72 Bremen je eine Universität auf. Hannover besitzt eine medizinische Hochschule, eine tierärztliche Hochschule und eine technische Universität. Eine technische Universität befindet sich ebenfalls in Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld. Im Süden Niedersachsens ist Göttingen als Universitätsstadt zu nennen. Auf Grund dieser räumlichen Verteilung der Hochschulen im norddeutschen Raum hat die Christian-Albrechts-Universität für die Studenten im nördlichen Teil Niedersachsens besondere Bedeutung, zumal das Lehrangebot an den Hochschulen in Braunschweig, Clausthal-Zellerfeld und Hannover durch die Dominanz der medizinischen und natur-/ingenieurwissenschaftlichen Fächer begrenzt ist. Die These müßte natürlich durch Zahlen belegt werden, und zwar in der Form, daß der prozentuale Anteil der Studenten aus den nördlichen Regionen Niedersachsens, die an der Kieler Universität immatrikuliert sind, an dem Studentenaufkommen dieser Regionen errechnet würde. Da aber eine kreisweise Aufbereitung aller Studenten im Bundesgebiet für den untersuchten Zeitraum noch nicht vorliegt, muß diese Quantifizierung unterbleiben. Immerhin kann festgestellt werden, daß im Wintersemester 1970/71 über 40% der Studenten mit ständigem Wohnsitz in Niedersachsen, die an der Kieler Universität immatrikuliert sind, in dem nördlichen Teil Niedersachsens beheimatet waren, der hier grob vereinfachend durch die Regierungsbezirke Aurich, Oldenburg, Stade und Lüneburg definiert sei.

Mit Hilfe der Zahl der deutschen Studenten an der Christian-Albrechts-Universität, gegliedert nach Studienfächern/Studienfachgruppen und dem Herkunftsland, kann aufgezeigt werden, welche Fächer von den landesfremden Studenten an der Kieler Universität bevorzugt belegt wurden. Dieses Datenmaterial liegt der amtlichen Statistik seit dem Wintersemester 1966/67 vor. Mit dem Inkrafttreten des Hochschulstatistikgesetzes vom 31. August 1971 ist unter anderem auch die Studentenstatistik neu konzipiert worden, und zwar für diese spezielle Kombination in der Form, daß die Lehramtskandidaten jetzt als eine gesonderte Gruppe innerhalb der Studenten behandelt und nicht mehr den einzelnen Studienfächern/Studienfachgruppen zugerechnet werden. Eine Zeitreihenbeobachtung der fachspezifischen Relation Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein zu der Gesamtzahl der Studenten der Christian-Albrechts-Universität

ist daher nur vom Wintersemester 1966/67 bis einschließlich zum Wintersemester 1971/72 möglich. Dieser Zeitraum ist zu eng, um die in einigen Fächern auftretenden starken Anteilsausschläge zu erklären, zumal die Auswirkungen der sukzessiv eingeführten Zulassungsbeschränkungen auf das Wanderungsverhalten der Studenten kaum abgesehen werden können.

Immerhin lassen sich Fächergruppen unterscheiden, die einen überproportional hohen Anteil der Schleswig-Holsteiner an den deutschen Studenten aufweisen, und solche, in denen unterdurchschnittlich viele in Schleswig-Holstein beheimatete Studenten immatrikuliert sind und schließlich Fachgruppen, in denen die Zusammensetzung der Studenten hinsichtlich ihrer regionalen Herkunft der Struktur der Studenten insgesamt an der Kieler Universität entspricht.

Verglichen mit der Quote der Einzugsintensität der Universität Kiel für das Wintersemester 1971/72 (61%) zeigen sich für Theologie, Zahnmedizin, Mathematik, Physik, Chemie, die wirtschaftswissenschaftlichen Fächer (einschließlich Soziologie und Politologie) und für die Geisteswissenschaften⁵ ein überproportionalen Anteil der Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein. Bei Chemie, Mathematik, Physik und in den geisteswissenschaftlichen Fächern erklärt sich dies vermutlich durch den hohen Anteil derjenigen Studenten, die in diesen Studiengängen das Lehramt anstreben. Im Wintersemester 1971/72 strebten 45% der Studenten der Mathematik das Lehramt an Gymnasien und Realschulen an, in Chemie und Physik belief sich dieser Anteil auf etwa 25% und in den geisteswissenschaftlichen Fächern auf über 60%. Es wird hier also behauptet, daß die Lehramtskandidaten eine vergleichsweise starke Neigung zeigen, die Hochschule in ihrem Heimatland zu besuchen. Auf der Grundlage der Daten für das Sommersemester 1972 (für das Wintersemester 1971/72 war eine solche Berechnung nicht möglich) konnte festgestellt werden, daß über 70% der Studenten, die an der Christian-Albrechts-Universität das Lehramt für Gymnasien und Realschulen anstrebten, in Schleswig-Holstein beheimatet waren. Dieses Studienverhalten kann einmal durch die soziale Herkunft dieser Studenten geprägt sein, zum anderen aber auch durch die administrativen Bestimmungen für den Lehrberuf, die von Land zu Land verschieden sein können und vom Studenten bei der Wahl seines Studiums berücksichtigt werden.

5) Differenziertere Aussagen über die Fächer der Geisteswissenschaften sind für den angesprochenen Zeitraum nicht möglich

Für die Studienwilligen der Wirtschaftswissenschaften gibt es ein ausreichendes Bildungsangebot an den Hochschulen im Bundesgebiet, wenn auch, wie zum Beispiel in Kiel⁶, häufig nur Teilgebiete der Wirtschaftswissenschaften gelehrt werden. Da dieses Studium ohne aufwendige technische Arbeitsplätze auskommt, sind Zulassungsbeschränkungen erst in den letzten Jahren und nur sehr vereinzelt ausgesprochen worden. Für das Wintersemester 1971/72 konnte der Student der Wirtschaftswissenschaften das in Bezug auf die Entfernung von seinem ständigen Wohnort günstigste Studienangebot wählen. Er wird das vor allem dann tun, wenn er das Studium nach einer vorangegangenen Berufsausübung aufnimmt und schon vor Studienbeginn einen günstigen Arbeitsplatz an der Hand hat⁷. Daher liegt der Anteil derjenigen Studenten, die 30 Jahre alt und älter sind, an der Gesamtzahl der deutschen Studenten der Universität Kiel in dem Studiengang Volkswirtschaft überproportional hoch. Im Wintersemester 1971/72 gehörten an der Universität Kiel gut 5% der Studenten zu dieser Altersgruppe, in der Volkswirtschaft etwa 8% und vergleichsweise in der Rechtswissenschaft und allgemeinen Medizin rund 4%. Allerdings läßt sich aus den vorliegenden Ergebnissen nicht feststellen, wie hoch der Anteil der Studenten dieser Altersgruppe war, der eine dem Alter entsprechende hohe Semesterzahl aufweist, womit die Vermutung einer vorangegangenen Berufsausübung hinfällig wäre.

Zu den Studiengängen mit einer unterdurchschnittlichen Quote der Einzugsintensität gehören Landwirtschaft, Pharmazie und allgemeine Medizin. Erklärungen dafür, daß zum Beispiel im Wintersemester 1971/72 (1967/68) nur gut 41% (45%) aller deutschen Studenten der allgemeinen Medizin der Christian-Albrechts-Universität ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein nachwiesen, sind schwer zu finden, zumal bereits damals für dieses Fach an allen Hochschulen Zulassungsbeschränkungen bestanden haben. Aber auch wenn die freie Wahl des Hochschulortes durch den Numerus clausus eingeschränkt wird, so kann dennoch vermutet werden, daß eine Studienzeit in einem anderen Land als ein traditionelles Zeichen akademischer Freiheit vor allem von den Studenten angestrebt wird, deren Vater oder Mutter selbst studiert haben. Die amtliche Studentenstatistik läßt nur bedingt eine Quantifizierung dieser Überlegung zu. Auf Grund des Datenmaterials der Wintersemester 1967/68 bis 1971/72 zeigt

6) An der Christian-Albrechts-Universität wird Betriebswirtschaftslehre nur für die Anfangssemester gelehrt

7) siehe: G. Koth, Chr. Oehler, R. Reichwein, Studien und Berichte 6, Studienweg und Studienerfolg, S. 43

sich, daß der Anteil der Studienanfänger - Studenten im ersten Hochschulsemester - aus einem Elternhaus mit akademischer Bildung an der Gesamtzahl der Studienanfänger für die Christian-Albrechts-Universität zwischen 30% und 43% lag. Die Relation der gleichen Merkmalsausprägung belief sich für die Studienanfänger der Medizin zwischen 48% und 75%. Ein ähnlich hoher Anteil ergab sich für die Studienanfänger der Pharmazie. In den Wirtschaftswissenschaften betrug dieser Anteil dagegen nur 13% bis 26%. Die Quoten in den übrigen Fächern waren höher als die in den Wirtschaftswissenschaften, erreichten aber nie den Wert der allgemeinen Medizin. Die für die Universität Kiel skizzierte Merkmalsausprägung erhebt keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit.

Die zukünftigen Diplomlandwirte haben nur eine geringe Auswahl an Studienorten, so daß viele Studenten dieser Studienrichtung zur Bildungswanderung gezwungen werden. Hieraus erklärt sich unter anderem der relativ hohe Anteil landesfremder Studenten in der agrarwissenschaftlichen Fakultät an der Kieler Universität: Im Wintersemester 1967/68 hatten nur 45% der in diesem Studiengang immatrikulierten Studenten ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein, im Wintersemester 1971/72 rund 57%. Eine weitere Erklärung für den geringen Anteil einheimischer Studenten in der landwirtschaftlichen Fakultät liegt vielleicht in der Existenz der Fachhochschule Kiel, Fachbereich Landwirtschaft (in Rendsburg). Möglicherweise ziehen viele Studienberechtigte die mehr praxisorientierte Ausbildung der stärker wissenschaftlich ausgerichteten Lehre an der Universität vor. Jedoch ist nicht festzustellen, inwieweit diese Entscheidung schon durch den Erwerb der Hochschulberechtigungsart beeinflußt oder umgekehrt, die Art der Hochschulberechtigung durch die Wahl des Studiums entschieden wird. In Schleswig-Holstein können die Studenten der Fachhochschulen nach der Zwischenprüfung ein fachgebundenes Studium an der Universität aufnehmen, also zum Beispiel aus dem Fachbereich Landwirtschaft in Rendsburg in die agrarwissenschaftliche Fakultät der Universität wechseln⁸. Die Zukunft wird zeigen, wieviel Fachhochschulstudenten diese Möglichkeit nutzen, und ob sich dadurch die Struktur der Studenten in dem Sinne verschiebt, daß der Anteil der Studenten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein in der Agrarwissenschaft steigt.

Das Studienfach Pharmazie zählte im Wintersemester 1969/70 noch zu den Fächern, die einen überproportional hohen Anteil von in

Schleswig-Holstein beheimateten Studenten aufwies (72%). Im Wintersemester 1971/72 belief sich diese Quote auf knapp 56% bei gleichzeitigem Ansteigen der Studentenzahl in diesem Studienfach. Die Ursachen für diese starken Ausschläge sind schwer zu finden; unter anderem müßte eine längere Zeitreihe dieser Relation beobachtet werden, um zufällige Erscheinungen zu eliminieren.

Die Verteilung der Studenten nach dem Land ihres ständigen Wohnsitzes entspricht im rechtswissenschaftlichen Fachbereich etwa der der ganzen Universität. Im Wintersemester 1968/69 betrug der Anteil der schleswig-holsteinischen Studenten der Rechtswissenschaft 62%, im Wintersemester 1971/72 etwa 61%. Das Fach Jura wird traditionsgemäß in ganzer Breite an allen Universitäten gelehrt, so daß der Wunsch, eine Hochschule in der Nähe zu besuchen, in der Regel erfüllt werden kann, solange für dieses Fach keine Zulassungsbeschränkung besteht. Die unter Umständen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die Referendarzeit werden vielleicht von dem Studenten bei der Wahl des Hochschulortes berücksichtigt, so daß hier das Land der Berufsausbildung durch das vorgesehene Land der Berufsausübung bestimmt wird. Dieser Zusammenhang kann bei den Studenten, die in den Landesdienst eintreten wollen, eine entscheidende Rolle spielen.

Einzugsbereich der pädagogischen Hochschulen

Die pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg werden zum größten Teil von Studenten besucht, die ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben. Im Wintersemester 1960/61 waren von den rund 1 100 Studenten an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg 94% im nördlichsten Bundesland beheimatet, 1965/66 belief sich dieser Anteil bei steigender Studentenzahl auf 93%. Für das Wintersemester 1970/71 ist er auf 90% gesunken und ebenfalls 1971/72 um einen weiteren Punkt. Der geringe Anteil landesfremder Studenten an den pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein ergibt sich vermutlich aus dem ausreichenden Angebot von Hochschulen in den angrenzenden Bundesländern. Pädagogische Hochschulen gibt es in Hamburg⁹, Bremen, Oldenburg, Osnabrück, Bielefeld, Paderborn, Vechta, Lüneburg, Hannover, Hildesheim, Braunschweig und Göttingen, um nur die zu nennen, die in dem potentiellen regionalen Einzugsbereich der Hochschulen in Schleswig-Holstein liegen.

8) siehe Gesetz über Fachhochschulen im Lande Schleswig-Holstein vom 26. Juni 1969, § 11, abgelöst durch das Hochschulgesetz vom 2. Mai 1973

9) Das Studium findet in der Universität statt. Das gilt auch für die neu gegründete Universität in Bremen

Das Lehrangebot an den einzelnen pädagogischen Hochschulen kann als weitgehend homogen bezeichnet werden, so daß vom Inhalt des Studiums her für den Studenten keine Veranlassung zur Bildungswanderung besteht. Die Lehrerausbildung, die sich nach den traditionellen Schulformen gliedert, ist aber nicht in allen Bundesländern einheitlich. In Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein gibt es neben dem Lehramt an Grund- und Hauptschulen ein eigenes Lehramt an Realschulen. In Bremen, Hamburg und Niedersachsen findet sich dagegen die Kombination des Lehramtes an Grund- und Hauptschulen sowie Realschulen. Die unterschiedliche Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen in den einzelnen Ländern kann die Wahl des Hochschulortes beeinflussen.

Das Studium an den pädagogischen Hochschulen übt eine große Anziehungskraft auf weibliche Studienberechtigte aus, was der folgenden Tabelle entnommen werden kann. Zum Vergleich sind die Anteilswerte der weiblichen Studenten an der Gesamtzahl der Studenten der Universität Kiel in der letzten Spalte aufgeführt.

Wintersemester	Deutsche Studenten			
	Pädagogische Hochschulen		Universität	
	insgesamt	darunter weiblich		Frauenanteil in %
		Anzahl	%	
1968/69	2 092	1 391	67	25
1969/70	1 912	1 237	65	24
1970/71	2 117	1 362	64	26
1971/72	2 793	1 789	64	28

Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, ob Studentinnen seßhafter sind als ihre männlichen Kommilitonen. Die Abiturientenbefragung 1971 in Schleswig-Holstein scheint das zu bestätigen. Danach gaben von den befragten weiblichen Studienberechtigten mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein knapp 48% an, das Studium an einer Hochschule in Schleswig-Holstein beginnen zu wollen, während diesen Wunsch nur 39% der männlichen Abiturienten äußerten. Der Wunsch, in Schleswig-Holstein zu studieren, ist bei den in Schleswig-Holstein beheimateten Abiturientinnen, die an den pädagogischen Hochschulen das Studium aufnehmen wollen, größer als bei den weiblichen Studienbewerbern an Universitäten. Gut 40% der hiesigen Abiturientinnen, die an einer Universität studieren wollten, gaben 1971 an, das Studium an der Christian-Albrechts-Universität (einschließlich Medizinische Hochschule Lübeck) aufzunehmen. Von denen, die

sich an einer pädagogischen Hochschule einschreiben wollten, bevorzugten dagegen gut 84% Kiel und Flensburg¹⁰. Die Bestandsstatistiken der Studenten bestätigen dieses Verhalten, wonach zum Beispiel im Wintersemester 1970/71 von den in Schleswig-Holstein beheimateten Studentinnen an pädagogischen Hochschulen des Bundesgebietes 88% in Kiel und Flensburg immatrikuliert waren. Von den Studentinnen mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein, die an Universitäten im Bundesgebiet studieren, bevorzugten nur knapp 39% die Christian-Albrechts-Universität.

Eine Erklärung für die unterschiedliche Struktur hinsichtlich der regionalen Herkunft der Studentinnen mag die Statistik der Studienanfänger, verteilt nach dem Beruf des Vaters, geben. Danach lag im Wintersemester 1970/71 der Anteil der weiblichen Studienanfänger, deren Väter einen akademischen Beruf aufwiesen, an der Universität Kiel bei 32%, an den pädagogischen Hochschulen bei knapp 20%. Der stärkere finanzielle Rückhalt und das Verständnis in Elternhäusern mit akademischer Tradition, das Studium außerhalb des Elternhauses aufzunehmen, mag die Bildungswanderung dieser Studentinnen sicher beeinflussen. Für die Studienanfänger insgesamt ergeben sich ähnliche Anteilswerte.

Eine nicht zu übersehende Rolle für die Größe der Quote der Einzugsintensität der pädagogischen Hochschulen spielt sicherlich die Art der Hochschulzugangsberechtigung. Da die vorliegenden statistischen Daten eine länderspezifische Qualifizierung der Hochschulberechtigung nicht gestatten (so hat zum Beispiel die Reifeprüfung an Wirtschaftsgymnasien in einigen Bundesländern den Status des allgemeinen, in anderen wiederum den des fachgebundenen Abiturs¹¹), wird zwischen den bundeseinheitlich anerkannten Hochschulberechtigungen der alt-/neusprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien und den sonstigen Hochschulberechtigungen unterschieden. Für das Wintersemester 1970/71 zeigte sich, daß 89% der Studienanfänger an der Universität Kiel das Abitur der ersten Kategorie nachwiesen, an den pädagogischen Hochschulen dagegen 64%. Diese Zahlen sollen nur andeuten, daß unter anderem auch die Hochschulberechtigungsart Einfluß auf die Entscheidung haben kann, wo und an welchem Hochschultyp ein bestimmtes Fach studiert werden soll.

10) siehe hierzu "Abiturienten 1971" in dieser Zeitschrift 1971, S. 139 (August)

11) In Schleswig-Holstein sind mit den Erlassen des Kultusministers vom 8. April und 24. September 1970 den Abschlußzeugnissen der Fachgymnasien die allgemeine Hochschulreife für das Land Schleswig-Holstein zuerkannt worden

Hier wurde der Versuch gemacht, die Gründe zur Bildungswanderung der Studenten aufzudecken. Das Ergebnis kann nicht ganz befriedigen. Wie schon angedeutet, erwies sich das statistische Material für quantifizierbare Aussagen in vielen Fällen als unzulänglich. Detailliertere Aussagen über die Bildungswanderung der Studenten können zum Beispiel nur gewonnen werden, wenn die Studentenzahlen nicht nur nach Bundesländern, sondern feiner aufbereitet werden. Die amtliche Statistik sieht eine Aufbereitung des Studentenaufkommens nach Kreisen vor, der Stand dieser detaillierten Statistik ist in den einzelnen Bundesländern aber sehr unterschiedlich, so daß eine vergleichende Untersuchung nicht möglich war. Ebenso sind Bedenken berechtigt, wenn Bestandsstatistiken unterschiedlicher Zeiträume verglichen und interpretiert werden. Die Aussagen solcher Querschnittsinformationen sind sehr begrenzt. Mehr Erklärungen gäben Längsschnittinformationen, die über eine individualisierte Verlaufstatistik erhältlich sind, die aber zur Zeit noch nicht besteht.

Trotz dieser Einwände konnten eine Reihe von Motiven der Bildungswanderung dargelegt

werden. Herausgestellt wurde die räumliche Entfernung zwischen Heimat- und Hochschulort, der Freizeitwert des Hochschulortes und der Einfluß des mangelnden Bildungsangebots überhaupt und für bestimmte Fachrichtungen. Der Student wird auch durch die unterschiedlichen Lehrmeinungen und inhaltlichen Anforderungen in den einzelnen Studienfächern zur Bildungswanderung angeregt. Schließlich kann sich das persönliche Verhältnis zum Elternhaus und die soziale Herkunft auf die Mobilität der Studenten auswirken.

Offen bleibt dabei die Frage, welche Auswirkung der in den letzten Jahren verstärkt eingeführte Numerus clausus auf das Wanderungsverhalten der Studenten hat. Es kann zum Beispiel aus dem vorliegenden Datenmaterial nicht festgestellt werden, ob der Student seinen Studienwunsch ändert, nur um sich in einer bestimmten Hochschule zu immatrikulieren, oder ob er versuchen wird, an irgendeiner Hochschule seine ursprünglichen Studienvorstellungen zu realisieren.

Friedrich-Karl Wormeck

Weitere Angaben sind im Statistischen Bericht B III 1 enthalten

Berufswünsche der Abiturienten, die nicht studieren wollen

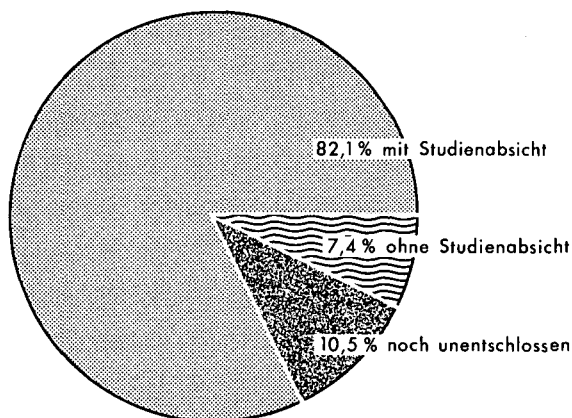
Über 80% der Abiturienten eines Jahrgangs wußten bereits ungefähr ein Vierteljahr vor dem Abitur - nämlich zum Zeitpunkt ihrer Befragung -, daß sie studieren wollen. Rund 10% der Abiturienten haben zu dieser Zeit noch keine Vorstellung, wie ihr Ausbildungsweg nach bestandener Reifeprüfung aussehen

soll. Eine kleine Gruppe, zwischen 5% und 10% aller Abiturienten, hat sich dann bereits entschlossen, einen Weg ins Berufsleben einzuschlagen, der nicht über ein Studium führt. Über diese Gruppe und ihre Entscheidungen gibt es bisher nur wenige Informationen; über sie wird im folgenden berichtet.

1971 wurde erstmalig von der amtlichen Statistik bundeseinheitlich eine Abiturientenbefragung durchgeführt. Sie wurde 1972 und auch 1973 auf Grund des Gesetzes über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen vom 31. 8. 1971 wiederholt. Hauptziel dieser Erhebung war, durch die Befragung der Abiturienten eine rechtzeitige Übersicht über die zu erwartenden Studienbewerber nach Studienfach und bevorzugter Hochschule zu erhalten. In dem Befragungsbogen war lediglich eine Frage nach der Berufsabsicht der Abiturienten, die nicht studieren wollen, aufgenommen. Nun war aber vor allem das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein/Hamburg daran interessiert, über diese Abiturientengruppe mehr Informationen zu erhalten. Aus diesem Grunde wurde in Schleswig-Holstein mit Zustimmung des Kultusministeriums

Abiturienten 1972 und 1973

Ergebnis einer Befragung etwa ein Vierteljahr vor dem Abgang



D - 4521

erstmalig 1972 bei den Abiturienten ohne Studienabsicht eine landesinterne Zusatzerhebung auf freiwilliger Basis durchgeführt. Da das Zahlenmaterial aus dieser Befragung zu klein war, um daraus Schlüsse ziehen zu können, wurde sie 1973 noch einmal nach gleichem Konzept wiederholt. Nachstehend sollen die jetzt aus zwei Erhebungen vorliegenden Antworten der Abiturienten ausgewertet werden. Bevor das geschieht, sei nochmals darauf hingewiesen, daß es sich um Berufswünsche handelt, die einige Monate vor dem Abitur geäußert worden sind. Über den Grad der Realisierung kann nichts gesagt werden.

In den Jahren 1972 und 1973 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 7 672 Abiturienten nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. Das waren beinahe alle der in den 13. Klassen der Gymnasien und Fachgymnasien (einschließlich Abendgymnasien und Kollegs) vorhandenen Schüler. Von diesen Abiturienten haben 568 (7%) angegeben, daß sie nicht studieren wollen. Fast drei Viertel von ihnen, nämlich 409, haben weitere Fragen über ihre Berufsabsichten beantwortet. Der Umfang dieses noch sehr geringen Materials erlaubt nur wenige vorsichtige Aussagen, bei denen es sich auch um zufällige Werte handeln kann.

Bei der Auswertung der Frage nach dem Berufsziel hat sich ergeben, daß von den erfaßten Abiturienten gut ein Drittel in den öffentlichen Dienst will, und zwar vorwiegend als Anwärter für den gehobenen Dienst. Viele Bewerber denken bereits an eine

bestimmte Behörde. Hier steht die Finanzverwaltung an der Spitze. Viele junge Mädchen möchten Rechtspflegerin werden. Nach dem öffentlichen Dienst wurde mit großem Abstand der Berufswunsch "Bundeswehr, Polizei" mit 15% und der Berufswunsch "Krankenschwester, med.-techn. Assistentin und ähnliche Berufe" mit 11% genannt. Auf die vorstehenden drei Berufsgruppen konzentrieren sich die Interessen von nahezu zwei Drittel (63%) der antwortwilligen Abiturienten.

Bei der Aufgliederung der Berufswünsche nach dem Geschlecht zeigen sich unterschiedliche Interessenschwerpunkte. Bei den männlichen Abiturienten steht an erster Stelle der Wunschkala der öffentliche Dienst, dicht gefolgt vom Berufswunsch "Bundeswehr, Polizei". Groß ist auch das Interesse für den Beruf des Piloten oder Seeoffiziers sowie für den Beruf des Industriekaufmanns. Auf diese vier Berufsgruppen konzentrieren sich 78% der männlichen Berufswünsche. Bei den Abiturientinnen hält der öffentliche Dienst gleichfalls

Berufswünsche der Abiturienten, die nicht studieren wollen
Bundesgebiet und Schleswig-Holstein

Berufswünsche der Abiturienten, die nicht studieren wollen,
in Schleswig-Holstein 1972 und 1973

Berufswunsch	Abiturienten		
	insgesamt	männlich	weiblich
Öffentlicher Dienst darunter Rechtspfleger	153 23	56 2	97 21
Bundeswehr, Polizei	61	54	7
Krankenschwester, -gymnastin, Logopäde, med.-techn., pharmaz.-techn. Assistentin	44	1	43
Industriekaufmann, Fremdsprachenkorrespondent, im Unternehmen ausgebildeter Betriebswirt, Wirtschaftsassistent	25	14	11
Pilot, Kapitän, Schiffingenieur	18	18	—
Bank-, Versicherungskaufmann	13	4	9
Luftverkehrs-, Reisebüro-, Werbekaufmann	9	6	3
Datenverarbeitung (Programmierer, Analytiker u. a.)	9	6	3
Sonstiger Berufswunsch, ohne Angabe	77	23	54
Insgesamt	409	182	227

Berufswunsch	Abiturienten		
	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig-Holstein	
		1971	1972 und 1973
		in %	
Techn. Assistent (chemisch-techn., mathem.-techn.), Ingenieur-Assistent	6	3	2
Großhandels-, Außenhandelskaufmann	2	5	1
Bankkaufmann	5	5	3
Industriekaufmann, Fremdsprachenkorrespondent	9	8	6
Datenverarbeitungskaufmann, Programmierer, Systemanalytiker	2	2	2
Luftverkehrs-, Reisekaufmann	3	3	2
Öffentlicher Dienst	23	27	37
darunter Rechtspfleger	4	4	6
Bundeswehr, Polizei	10	12	15
Pilot, Seeoffizier	6	7	4
Steuerberater, (Mode-)Directrice	2	2	2
Journalist, Dolmetscher, Bibliothekar	5	3	2
Tontechniker, Graphiker	3	2	1
Krankenschwester, med.-techn., pharmaz.-techn. Assistentin	6	4	11
Sozialpädagoge	3	1	2
Hotelkaufmann, Stewardess	2	1	0
Sonstige, ohne Angabe	9	11	8
Insgesamt	100	100	100

die Spitzenposition. Ferner interessieren sich viele von ihnen für Berufe der Krankenpflege. Von den weiblichen Befragten wollen 62% in den öffentlichen Dienst gehen oder Berufe der Krankenpflege ergreifen.

Werden die vorstehenden Aussagen mit den Ergebnissen verglichen, die das Statistische Bundesamt¹ 1971 für 5 900 Abiturienten ohne Studienabsicht ausgezählt hat, so ergeben sich Übereinstimmungen und Unterschiede. Vom Statistischen Bundesamt waren die auf dem bundeseinheitlichen Erhebungsbogen eingetragenen Antworten auf die Frage "Falls keine Studienabsicht besteht, welche Berufsabsicht haben Sie?" für alle Bundesländer ausgewertet worden. Durch diese Bundesergebnisse wird bestätigt, daß sich die Berufsabsichten der Abiturienten auf den Bereich der Dienstleistung, vor allem im öffentlichen Dienst, konzentrieren. Große Abweichungen zwischen den Ergebnissen von 1971 und von 1972/73 dürften zum Teil auf die sehr kleinen und damit zufälligen Zahlen zurückzuführen sein.

Die Abiturienten ohne Studienabsicht wurden in der Zusatzerhebung nicht nur nach ihrem Berufswunsch gefragt, sondern - selbstverständlich auf freiwilliger Basis - auch nach weiteren interessierenden Fakten. So wurden sie zum Beispiel gefragt, wie lange ihre berufliche Ausbildung voraussichtlich dauern wird. Die meisten von ihnen rechneten mit drei bis vier Jahren, viele meinten aber auch, mit einer kürzeren Zeit auszukommen:

Voraussichtliche Dauer der Ausbildung	Abiturienten
unter 2 Jahre	14
2 bis 3 Jahre	70
3 bis 4 Jahre	217
4 bis 5 Jahre	26
5 und mehr Jahre	25
ohne Angabe	57

Über den Zusammenhang zwischen Beruf und Dauer der Ausbildung läßt sich wegen der Kleinheit der Zahlen nichts näheres sagen. Es kann nur festgestellt werden, daß überdurchschnittlich lange Ausbildungszeiten von sechs und mehr Jahren im Bereich von Bundeswehr und Polizei, bei der Ausbildung als Pilot oder Seeoffizier sowie bei der betriebs- oder unternehmensinternen Ausbildung als Betriebswirt erwartet werden.

Eine weitere Frage zielte auf die Einkommenserwartungen der Abiturienten hin, und zwar

1) "Berufswünsche der Abiturienten ohne Studienabsicht" in Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1972, S. 278/280

unmittelbar nach Ausbildungsabschluß und nach fünfjähriger Berufstätigkeit. Auf die erste Teilfrage hat jeder vierte Antwortwillige angegeben, daß er keine Vorstellung über seine Verdienstaussichten nach Ausbildungsabschluß hat. Diejenigen, die sich darüber Gedanken gemacht haben oder exakt informiert waren, haben durchweg keine übertriebenen Vorstellungen. Von den 409 befragten Abiturienten erwarteten unmittelbar nach Ausbildungsabschluß 174 (43%) ein Brutto-Monatsgehalt von weniger als 1 200 DM, 117 (29%) erhofften ein Gehalt zwischen 1 200 DM und 1 800 DM und nur 18 (4%) hatten Gehaltsvorstellungen von mehr als 1 800 DM. Für die Zeit nach fünfjähriger Berufstätigkeit waren jedoch die Verdiensterwartungen erheblich höher gespannt: 36 (9%) nannten einen Bruttoverdienst von mindestens 2 500 DM im Monat, 69 (17%) waren mit einem Verdienst zwischen 1 800 DM und 2 500 DM zufrieden und 158 (39%) mit weniger. Über ein Drittel der Abiturienten hatte keine Vorstellungen über die langfristigen Verdienstmöglichkeiten.

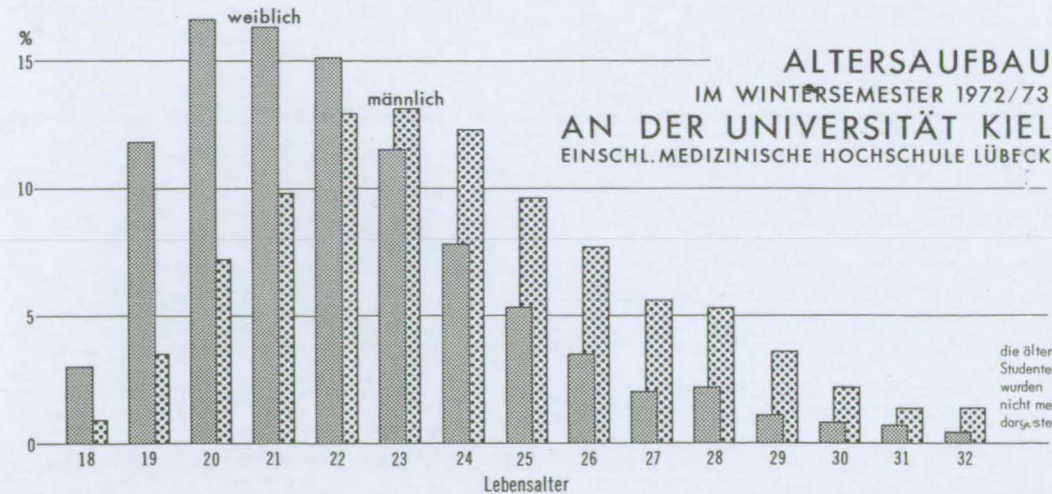
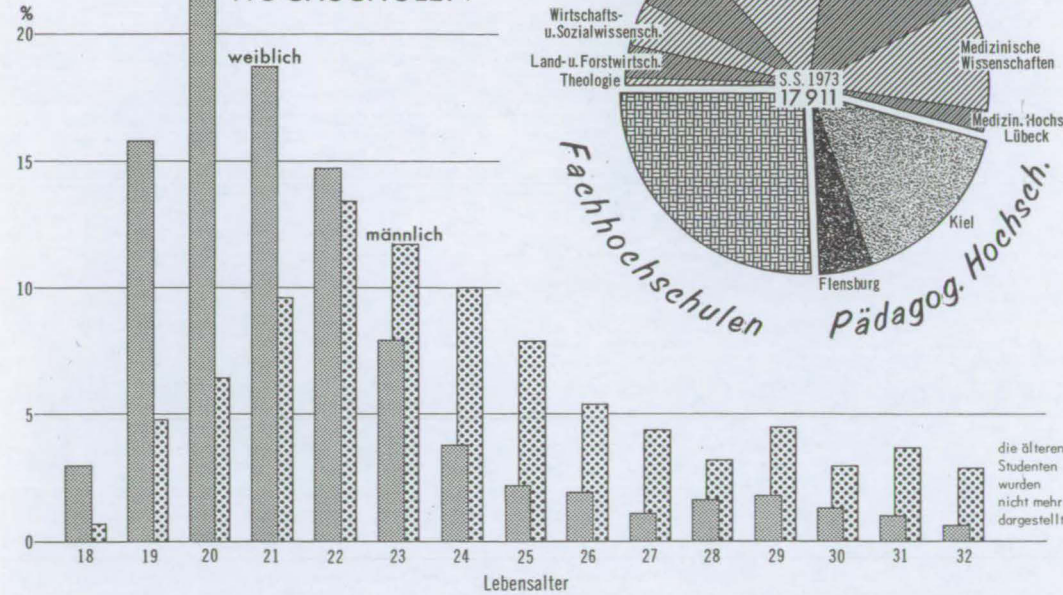
Eine ganz andere Frage an die Abiturienten bezog sich darauf, ob sie sich über irgendwelche Ausbildungsmöglichkeiten eingehend informiert haben. Diese Frage konnten fast acht Zehntel (78%) der Abiturienten bejahen. Ihnen wurde eine Zusatzfrage über die genutzten Informationsmöglichkeiten gestellt. Hierbei konnte jeder mehrere Möglichkeiten nennen. Bei der Auswertung der Antworten kristallisierten sich die bevorzugten Informationsquellen eindeutig heraus. An der Spitze steht die Informationsbroschüre und auf dem zweiten Platz die Berufsberatung. Mit weitem Abstand folgen dann persönliche Gespräche mit bereits Ausgebildeten und Gespräche in Ausbildungsstätten. Es werden dann noch eine Fülle weiterer Informationsquellen genannt (persönliche Gespräche mit verschiedenen Partnern, Vorträge, Fachliteratur, Zeitungsartikel usw.), ohne daß jedoch weitere Schwerpunkte zu erkennen sind.

Beachtenswert sind auch die Antworten auf die Frage nach den Gründen, die für die

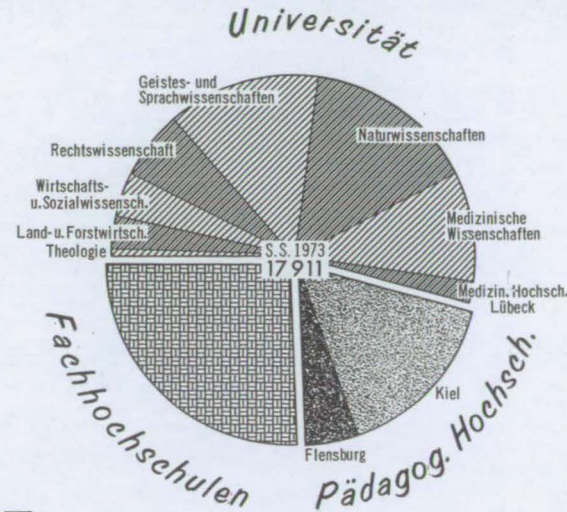
Gründe, die für die Wahl des Ausbildungsweges entscheidend waren	Zahl der Nennungen
Interesse am Beruf	301 mal
Schnelle Verdienstmöglichkeit	142
Persönliche Eignung	134
Geringe Ausbildungskosten	99
Qualität der Ausbildung	85
Kurze Ausbildungsdauer	83
Studienplatz trotz Qualifikation nicht erreichbar	60
Hochschulstudium zu wenig berufsorientiert	38
Wunsch der Eltern	7
Andere Gründe	42

STUDENTEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

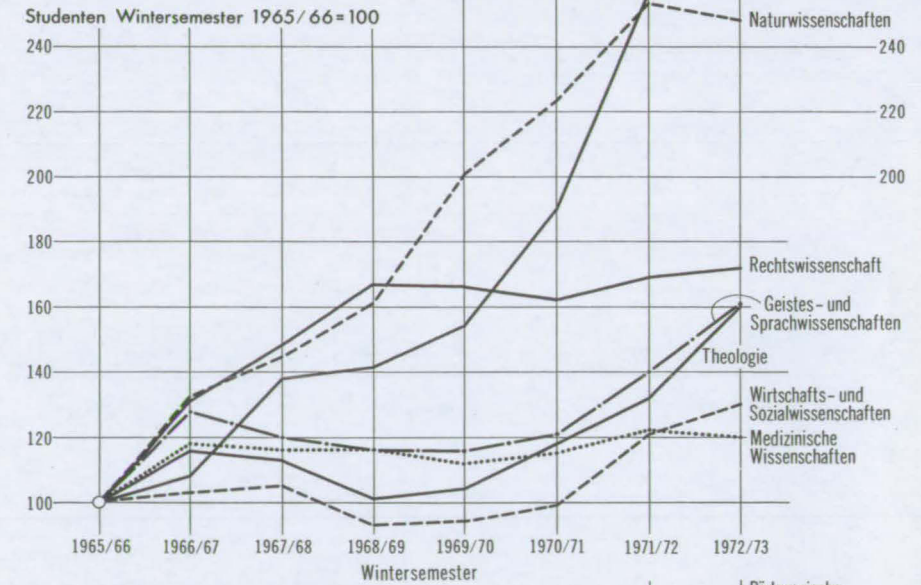
ALTERSAUFBAU IM WINTERSEMESTER 1972/73 AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN



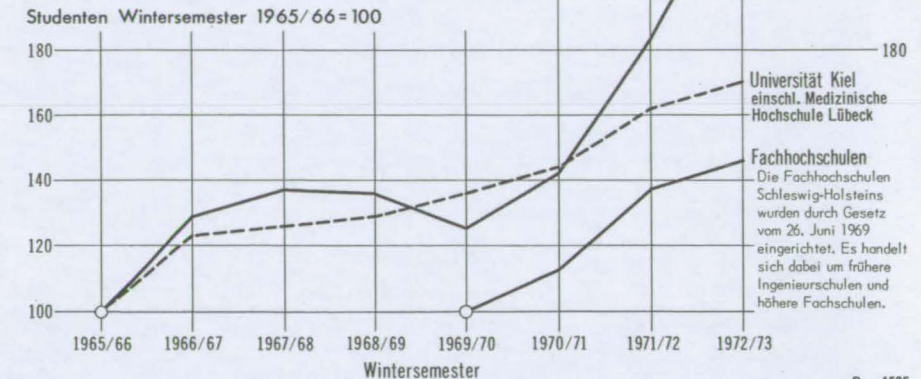
GRAFIK DES MONATS SEPTEMBER/OKTOBER 1973



UNIVERSITÄT KIEL EINSCHL. MEDIZIN. HOCHSCH. LÜBECK ENTWICKLUNG IN DEN FAKULTÄTEN



ENTWICKLUNG DER STUDENTENZAHL IN DEN HOCHSCHULARTEN



bereits gefällte Entscheidung über den Ausbildungsweg nach bestandener Reifeprüfung hauptsächlich maßgebend waren. Neun Motive waren auf dem Fragebogen zum Ankreuzen vorgegeben. Es konnten auch mehrere angekreuzt werden. Das vorliegende Untersuchungsmaterial war zahlenmäßig wiederum zu klein, um die genannten Motive mit dem Berufswunsch zu kombinieren.

Interesse am Beruf, das ist der am häufigsten genannte Grund, der für die Ausbildungsentscheidung maßgebend war. Es folgen schnelle Verdienstmöglichkeit und persönliche Eignung. In der Struktur der genannten Motive gibt es kaum Unterschiede zwischen den Abiturienten und den Abiturientinnen.

Alle Abiturienten, die in die vorliegende Untersuchung einbezogen werden konnten, hatten sich bereits entschlossen, nicht zu studieren. Dennoch haben sie die Frage "Haben Sie auch einmal ernsthaft erwogen zu studieren?" überwiegend (71%) mit ja beantwortet. Dabei ist auffallend, daß offensichtlich kaum eine Korrelation besteht zwischen der Fachrichtung, die der Befragte einmal erwogen hatte zu studieren (z. B. Rechtswissenschaft) und dem Berufswunsch (z. B. Rechtspfleger), den er geäußert hat, nachdem die Entscheidung gefallen ist, nicht zu studieren.

Lieselotte Korscheyo

Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes

Zweimal im Jahr, nämlich am 1. Januar und am 1. Juli veröffentlicht das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg die Zahl aller nach der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung im Bundesgebiet zugelassenen Fahrzeuge, für die ein Kraftfahrzeug- oder Anhängerbrief ausgestellt worden ist, sowie die Bestände an Fahrrädern mit Hilfsmotoren, Kleinkrafträdern und Krankenfahrstühlen. Darüber hinaus wird jährlich die Zahl der Neuzulassungen, der Besitzumschreibungen sowie der Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern festgehalten.

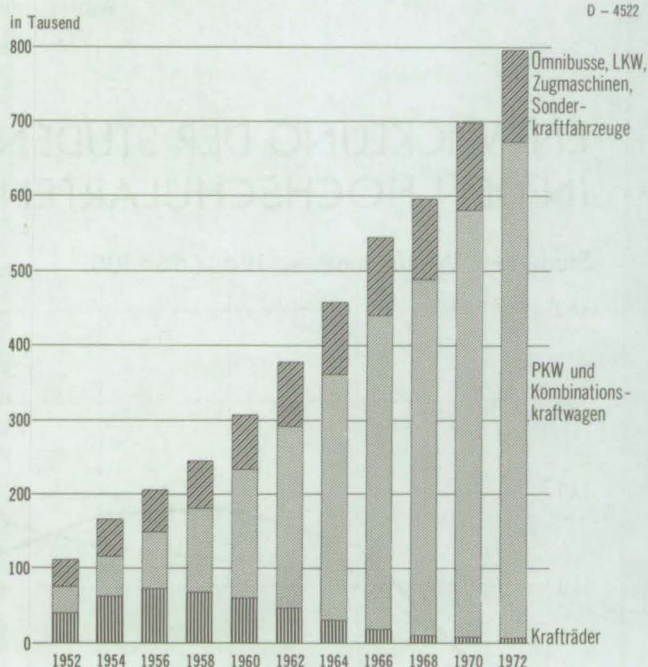
In Schleswig-Holstein waren nach den Unterlagen des Kraftfahrtbundesamtes am 1. 1. 1973 insgesamt 809 000 Kraftfahrzeuge zum Verkehr angemeldet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 4,7%. Den überwiegenden Teil der Kraftfahrzeuge stellten Personen- und Kombinationskraftwagen. Ihre Zahl betrug 678 000. Von den verbleibenden 131 000 Kraftfahrzeugen waren 6 000 Krafträder, 71 000 Zugmaschinen, 44 000 Lastkraftwagen, 8 000 Sonderkraftfahrzeuge und 2 000 Omnibusse. Außerdem waren in Schleswig-Holstein noch 36 000 Kraftfahrzeuganhänger vorhanden.

Der Kraftfahrzeugbestand ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten ständig angestiegen. Der Zuwachs betrug von Mitte 1952 bis Mitte 1972 etwas mehr als 600%. Der Kraftfahrzeugbestand hat sich jedoch nicht nur beträchtlich vergrößert, er hat auch seine Struktur geändert. Diese Strukturänderung besteht einmal darin, daß das Kraftrad durch das Personenauto ersetzt worden ist, zum

anderen darin, daß der Anteil der Kleinwagen zugunsten größerer Personenwagen zurückgegangen ist.

Zu Beginn des betrachteten Zeitraumes waren in Schleswig-Holstein mehr Krafträder als Personen- und Kombinationskraftwagen zugelassen. Mitte 1952 gab es in Schleswig-Holstein 112 000 Kraftfahrzeuge. Davon waren 41 000 Krafträder und nur 34 000 Personen- und Kombinationskraftwagen. Der Bestand an Krafträdern nahm bis 1957 weiter zu, aller-

Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes 1952-1972



dings mit ständig geringeren Zuwachsraten. In der Mitte des Jahres 1957 wurden 73 000 Motorräder und Motorroller registriert. Nach 1957 ging ihr Bestand bis 1972 kontinuierlich zurück, wobei die Zahl der Krafträder zunächst beschleunigt, ab 1967 immer langsamer zurückging. Diese Tendenz hielt auch Anfang 1973 an. Allerdings steigt die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Krafträder seit 1966 wieder an. Im Gegensatz zur Zahl der Krafträder hat sich die Zahl der Personen- und Kombinationskraftwagen seit 1952 ständig erhöht. 1972 war der Bestand etwa 20mal so hoch wie 1952. Infolge der starken Expansion ist der Anteil der Personen- und Kombinationskraftwagen am gesamten Kraftfahrzeugbestand ständig größer geworden. Während der Anteil 1952 30% betrug, lag er 1972 bei 84%.

Abnehmende Bestandszunahme

Der Bestand an Personen- und Kombinationskraftwagen ist zwar ständig größer geworden, der jährliche prozentuale Zuwachs hat sich jedoch merklich verringert. Während der Bestand zwischen 1952 und 1953 um 25% zunahm, betrug der Zuwachs zwischen 1971 und 1972 nur noch 6%. Die bisherige Entwicklung der Zuwachsraten legt den Schluß nahe, daß sie in den nächsten Jahren weiter absinken werden. Führt man die Kurve des Pkw-Bestandes unter Zugrundelegung eines linearen Trends der Zuwachsraten fort, so errechnet sich für das Jahr 1975 eine Zahl von 760 000 Personen- und Kombinationskraftwagen. Der Bestand wird sich nach dieser Rechnung zwischen 1972 und 1975 demnach um etwa 100 000 Fahrzeuge erhöhen.

Rein rechnerisch erreicht die Zuwachsrate gemäß diesem Trend im Jahre 1978 den Wert Null. Da keine ausreichenden sachlichen Argumente für eine solche Annahme - Pkw-Bestand erreicht 1978 sein Maximum und bleibt von dann an konstant oder sinkt - zur Verfügung stehen, ist eine Extrapolation über das Jahr 1975 hinaus nicht sinnvoll.

Für die Berechnung wurde ein arithmetisch-linearer Trend der Form $T_i = a + bt_i$ zugrundegelegt. Zur Wahl dieser Form ist folgendes zu bemerken: Theoretische Überlegungen über den zugrundeliegenden Sachverhalt, die jeder Bestimmung der Trendform vorangehen müssen, haben zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt. Zur Wahl standen Parabeln 1. und 2. Grades sowie Parabeln 1. Grades transformierter Ursprungswerte (logarithmisch-linear). Eine Parabel 2. Grades kam nicht in Frage, weil bei dieser Trendform die Abnahme der Werte ständig größer werden müßte, diese Voraussetzung aber nicht gegeben ist. Auch die Bedingung für die drittgenannte Form, nämlich prozentual konstante Abnahmeraten, ist nicht erfüllt. Folglich blieb ein arithmetisch-linearer Trend übrig (Parabel 1. Grades). Die unterstellte Trendform gilt nur für das Intervall von 1952 bis 1975. Die Koeffizienten a und b wurden nach der Methode der kleinsten Quadrate errechnet. Die Aufgabe dieser Methode

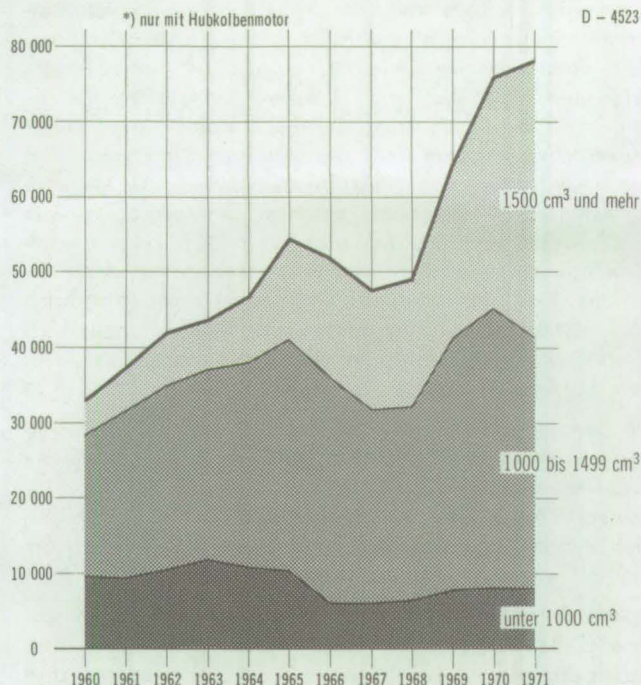
besteht darin, einen Trend aus einer gegebenen Verknüpfung mit anderen Komponenten (Konjunktur-, Saison-, Zufallskomponente) in einer gegebenen Reihe herauszulösen. Der Trend stellt dabei diejenige Linie dar, von der die Summe der Abweichungen gleich Null und die Summe der Quadrate der Abweichungen ein Minimum ist. Da die Trendform in der allgemeinen mathematischen Form der gesuchten Linie vorgegeben sein muß, lassen sich mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate gemäß den oben genannten Bedingungen nur die Koeffizienten errechnen. Dagegen lassen sich keine Kausalzusammenhänge erarbeiten, aus denen sich zwingend ein bestimmter Trend ergeben würde. Der aus der unendlichen Schar einer bestimmten Trendform ausgewählte Trend hat vorwiegend beschreibenden Charakter; von allen denkbaren Trends dieser Form gibt er das Zahlenmaterial am besten wieder.

Die Methode der kleinsten Quadrate führt nur dann zu unverzerrten Trendwerten, wenn neben der Trendkomponente nur die Zufallskomponente in der Ursprungsreihe enthalten ist. Eine zyklische Komponente wird den errechneten Trend verzerren. Mit zunehmender Zahl der Beobachtungswerte (wie im vorliegenden Fall) wird die Verzerrung jedoch immer geringer.

Formal ist die Änderung des Bestandes an Kraftfahrzeugen der Saldo aus der Zahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und der Zahl der Löschungen von Kraftfahrzeugen. Er wird aber auch noch von weiteren Komponenten beeinflusst. Gebrauchtwagen aus dem Ausland erhalten eine Erstzulassung, desgleichen inländische Fahrzeuge, die bisher nicht den Bestimmungen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung unterlagen, ferner Wiederzulassungen inländischer Fahrzeuge, die vorher bereits endgültig abgemeldet waren. Der Kraftfahrzeugbestand eines Bundeslandes wird darüber hinaus durch Käufe und Verkäufe gebrauchter Fahrzeuge über die Landesgrenzen hinweg und durch Verlegung der Kraftfahrzeugstandorte von einem Bundesland in ein anderes bestimmt. In der Vergangenheit war die Differenz zwischen der Zahl der Zulassungen fabrikneuer Fahrzeuge und der Zahl der Löschungen in Schleswig-Holstein stets geringer als die Bestandserhöhung. Ende 1971 lag z. B. der Kraftfahrzeugbestand in Schleswig-Holstein um 16 000 Fahrzeuge höher als die Differenz aus Neuzulassungen und Löschungen für das Jahr 1971. Man kann annehmen, daß etwa zwei Drittel dieser Fahrzeuge Zugänge aus anderen Bundesländern nach Schleswig-Holstein sind.

Die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ist bis zum Jahre 1965 Jahr für Jahr angestiegen. Dann wird die Entwicklung abrupt unterbrochen. Während 1965 70 000 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen wurden, betrug 1966 die Zahl der Zulassungen 66 000, 1967 sogar nur 60 000. Die Ursache für den Rückgang war ohne Frage der wirtschaftliche Rückschlag in diesen Jahren. Nach 1967 belebte sich die Nachfrage nach fabrikneuen Kraftfahrzeugen zunächst nur zögernd. Die eigentliche Wende brachte

PKW*-Neuzulassungen nach der Hubraumklasse 1960-1971



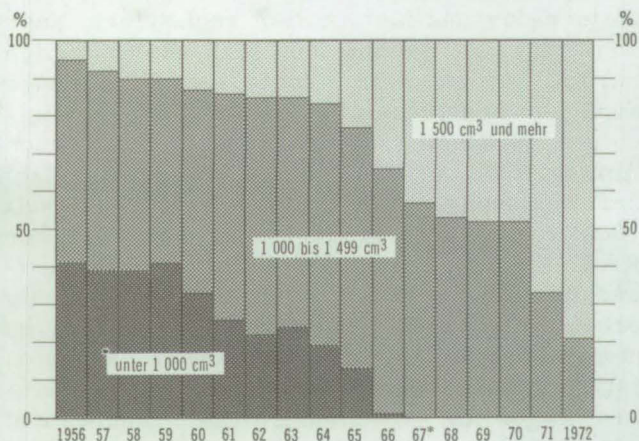
erst das Jahr 1969. In jenem Jahr wurden 81 000 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Ein Jahr später betrug die Zahl der Zulassungen 94 000. Damit war innerhalb von zwei Jahren der Anschluß an den Trend der Zulassungen wiederhergestellt. Von der Rezession blieben auch die schweren Personenwagen nicht verschont. Der konjunkturell bedingte Einbruch wird bei dieser Wagenklasse allerdings durch die strukturell bedingte Zunahme weitgehend ausgeglichen.

Mehr größere Autos

Wie bereits erwähnt, hat sich die Zusammensetzung des Pkw-Bestandes (hier ohne Kombinationskraftwagen) in den vergangenen 20 Jahren geändert. Die Zahl der Kleinwagen, also der Wagen mit Motoren unter 1 l Hubraum, ist ab 1960 relativ, ab 1967 auch absolut zurückgegangen. Im Jahre 1955 gab es in Schleswig-Holstein 16 000 Wagen in dieser Klasse, das waren 25% des gesamten Pkw-Bestandes. Mitte 1959 betrug diese Zahl 53 000 (33%) und Mitte 1966 92 000 (24%). Nach 1966 ist die Zahl der Kleinwagen kontinuierlich auf 76 000 (12%) im Jahre 1972 zurückgegangen. Die Zahl der Pkw mit Motoren von 1 l und mehr Hubraum hat sich dagegen - bis auf die Rezessionsphase - stetig ausgeweitet. Während von ihnen am 1. Juli 1955 46 000 Personenkraftwagen registriert waren, waren es am 1. Juli 1972 536 000. Die Mehrzahl der Pkw in der Klasse ab 1 l Hubraum haben Motoren mit einem Hubraum zwischen 1 und 1,5 l. 1972 waren es 63%. Seit 1969 geht auch der

D - 4524

Anteile der Hubraumklassen am jährlichen Zuwachs des PKW-Bestandes 1956-1972



*) ab 1967 hatten die Kleinwagen Abnahmen zu verzeichnen; deshalb wurden die Anteile der beiden anderen Klassen nur an ihrer Summe gemessen, nicht an der saldierten Gesamtsumme.

Anteil der Mittelklassewagen zugunsten noch größerer Wagen zurück. Mitte 1972 gehörte bereits jeder dritte Pkw der Wagenklasse ab 1,5 l Hubraum an.

Betrachtet man den Anteil der Hubraumklassen am jährlichen Zuwachs des Pkw-Bestandes in Schleswig-Holstein, werden die strukturellen Änderungen noch deutlicher. Hauptträger der Motorisierung zwischen 1955 und 1970 waren die Personenwagen mit Motoren zwischen 1 und 1,5 l Hubraum. Ihr Anteil am jährlichen Zuwachs schwankte in diesem Zeitraum zwischen 49 und 64%. Ab 1967 nahm der Beitrag dieser Wagenklasse beständig ab. 1972 lag er bei 23%. Bis 1965 trugen auch die Kleinwagen in erheblichem Umfang zur Ausdehnung des Pkw-Bestandes bei. Ab 1967 allerdings wurde ihr Beitrag negativ, d.h. ihr Bestand verringerte sich stetig. Der Anteil der Wagen mit einem Hubraum von 1,5 l und mehr ist seit 1952 kontinuierlich angestiegen. Ab 1965 war diese Wagenklasse zweitwichtigster, ab 1971 sogar wichtigster Träger der Autowelle. Sicherlich wird der Anteil der schweren Wagen am jährlichen Zuwachs des Pkw-Bestandes in den nächsten Jahren noch zunehmen. Wie das Duell zwischen Mittelklassewagen und größeren Wagen letztlich ausgehen wird, läßt sich jedoch nicht vorhersehen.

Knapp 4 Einwohner je Pkw

Infolge der starken jährlichen Zunahme des Pkw-Bestandes hat sich die Pkw-Dichte in Schleswig-Holstein von Jahr zu Jahr erhöht. Mitte 1952 kamen auf 1 000 Einwohner 14 Personen- und Kombinationskraftwagen, oder auf 72 Einwohner kam ein Pkw. Zehn Jahre

später entfiel auf 10 Einwohner ein Pkw. Mittlerweile beträgt das Verhältnis 4 : 1.

Schleswig-Holstein lag Mitte 1972 mit 261 Personen- und Kombinationskraftwagen auf 1 000 Einwohner knapp über dem Bundesdurchschnitt von 260 Wagen (ohne Bundesbahn und Bundespost). In den übrigen Bundesländern kamen auf je 1 000 Einwohner in

Hessen	281	Niedersachsen	257
Baden-Württemberg	271	Bremen	254
Hamburg	268	Nordrhein-Westfalen	252
Bayern	262	Saarland	245
Rheinland-Pfalz	260	Berlin (West)	212

Anteile der Marken

Das Kraftfahrtbundesamt ermittelt unter anderem die Hersteller der Kraftfahrzeuge. Auf die verschiedenen Hersteller verteilten sich die am 1. Juli 1971 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet registrierten Personen- und Kombinationskraftwagen folgendermaßen:

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Volkswagenwerk	35,5	31,4
Opel	19,6	19,4
Ford	13,8	15,0
Daimler-Benz	6,3	7,0
Auto-Union/DKW, Audi NSU	6,0	6,4
Fiat, Deutsche Fiat	5,4	5,8
Renault	4,3	4,3
BMW	2,3	3,2
Simca	1,4	1,6
Peugeot	1,1	1,2
Citroen	1,0	1,0
Glas	0,6	0,9
Chrysler	0,4	0,4
Daf	0,4	0,3
Leyland	0,2	0,3
Sonstige deutsche Hersteller	0,7	0,6
Sonstige ausländische Hersteller	0,9	1,0

Wie die Übersicht zeigt, sind die schwereren Fahrzeuge, wie Mercedes und BMW, in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet nicht so stark vertreten, Volkswagen dagegen relativ stark. Sie hatten auch im Jahre 1971 wieder den höchsten Anteil. Allerdings hat sich die Vormachtstellung der Fahrzeuge aus Wolfsburg gegenüber 1967 etwas abgeschwächt. Dagegen konnten Opel, Ford, Daimler-Benz sowie die französischen Hersteller ihre Anteile vergrößern.

Schwere Kraftfahrzeuge

Abschließend sei noch kurz die Entwicklung bei den Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Omnibussen und Sonderkraftfahrzeugen dargestellt. Zwischen 1952 und 1972 hat sich ihre Zahl ständig erhöht. Allerdings hat sich diese Fahrzeuggruppe bei weitem nicht so stark ausgedehnt wie die Personen- und Kombinationskraftwagen. Während 1952 37 000 schwere Kraftfahrzeuge registriert waren, betrug ihre Zahl im Jahre 1972 124 000. Der Bestand ist also innerhalb von 20 Jahren um rund 230% angestiegen. Der Anteil der schweren Fahrzeuge am gesamten Kraftfahrzeugbestand betrug im Jahre 1952 33%, im Jahre 1972 16%. Von den 124 000 schweren Fahrzeugen waren im letzten Jahr 57% Zugmaschinen, 36% Lastkraftwagen, 6% Sonderkraftfahrzeuge und 2% Kraftomnibusse. Die Masse der Zugmaschinen (93%) waren Traktoren, die hauptsächlich in der Landwirtschaft eingesetzt werden.

Karlheinz König

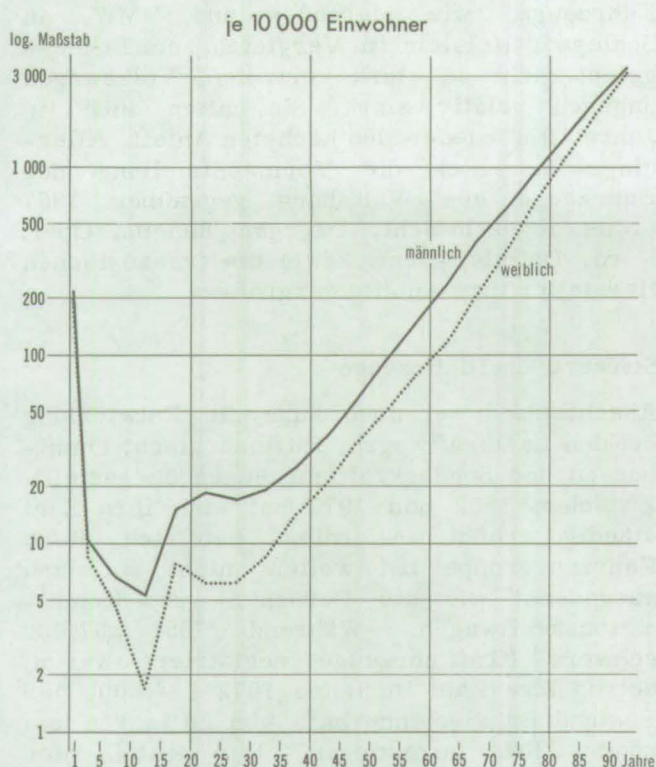
Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht H 1 2 enthalten

Die Gestorbenen 1971

Im Laufe des Jahres 1971 sind je 16 000 schleswig-holsteinische Männer und Frauen, also 32 000 Personen gestorben. Über die Hälfte von ihnen, nämlich 17 100, befanden sich in Krankenhäusern und anderen Anstalten. Für viele Zwecke ist die Sterbeziffer eine brauchbare Aussage, also die Beziehungszahl zwischen der Bevölkerung und den aus ihrer Mitte Gestorbenen: 1971 sind von 1 000 männlichen Einwohnern 13, von 1 000 weiblichen Einwohnern 12 gestorben.

Diese allgemeine Sterbeziffer läßt die nächst-wichtige Frage noch offen, nämlich nach der Sterblichkeit in den verschiedenen Lebens-

altern. Werden die Sterbeziffern für jedes Altersjahr einzeln berechnet (z. B. gestorbene männliche 15jährige je 1 000 männliche 15jährige) und grafisch dargestellt, so ergibt sich aufgrund biologischer Gesetzmäßigkeiten eine Grundform, die einem U ähnelt: Säuglinge und Alte weisen die höchste Sterblichkeit auf. Dazwischen liegen die zahlreichen Jahrgänge, für die der Tod die seltene Ausnahme bildet. Natürlich bestehen bei diesem biologischen Sachverhalt Übergänge. Die Zone fallender Sterblichkeit ist sehr schmal, schon zwischen dem 10ten und 15ten Lebensjahr liegt das Minimum der Sterblichkeit. Von diesem Alter an steigt die Sterblichkeit an, aber nicht ganz



gleichmäßig. Um das Lebensalter 20 bis 25 Jahre zeigt sich ein klarer Zwischengipfel, der auf die Straßenverkehrsunfälle zurückzuführen ist.

Am interessantesten an der Statistik der Sterbefälle sind ohne Zweifel die Todesursachen. In dem Aufsatz soll daher vornehmlich diese Frage behandelt werden.

Die Todesursache wird vom Arzt festgestellt. Er füllt eine vertrauliche Todesbescheinigung aus, die bundeseinheitlich gestaltet ist. In ihr gibt der Arzt den Krankheitsverlauf in der richtigen Kausalkette an. Das Leiden, das die Krankheitsfolge ausgelöst hat, das Grundleiden, nennt er dabei an besonderer Stelle.

Die Aufgabe des Statistischen Landesamtes besteht darin, das Grundleiden zu verschlüsseln. Dies geschieht nach der deutschsprachigen Fassung des von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebenen Handbuchs der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968 (8. Revision). Dabei wird nicht schematisch das vom Arzt angegebene Grundleiden zugrunde gelegt. Bestimmte im Verzeichnis genannte Regeln schreiben vielmehr zum Teil eine andere Auswahl des Grundleidens vor. Liegen z. B. zwei Kausalketten vor, die in einem und demselben Leiden enden, so ist das Grundleiden für die zuerst angegebene Kausalkette auszuwählen. Eine Bronchopneumonie, der eine Gehirnthrombose und eine Hochdruckkrankheit des Herzens zugrunde liegen, hat zwei Grundleiden. Im Statistischen Landesamt wird das erstgenannte, im Beispiel also die Gehirnthrombose, als Grundleiden ausgewählt. Diese Arbeiten werden zwar von Laiensignierern ausgeführt, die in der Regel keine medizinische Vorbildung besitzen, sie sind aber durch jahrelange Erfahrung und durch Lehrgänge geschult und leisten eine auch von Ärzten anerkannte Arbeit.

Um eine Vorstellung über den für die Todesursachenstatistik wichtigsten Abschnitt der Todesbescheinigung zu geben, sind Ausschnitte dreier Bescheinigungen wiedergegeben. Die Beispiele zeigen den Krankheitsverlauf in der richtigen Kausalkette, so daß Prostatahypertrophie im ersten und Pyloruscarcinom (Magenausgangskrebs) im zweiten Fall als Todesursache in die Statistik eingehen. Der dritte Fall bezeichnet einen Unfalltod, einen Sturz auf einer Treppe mit Oberschenkelhalsbruch, zu dem während des Krankenhausaufenthalts eine Embolie hinzutrat, die den Tod unmittelbar herbeiführte. In diesem Fall, wie auch bei Vergiftungen und Gewalteinwirkungen, wird die äußere Ursache, hier der

Beispiel

1

2

3 (Unfall)

VIII. Todesursache

A. Klinische (Bitte den Krankheitsablauf in der richtigen Kausalkette angeben mit dem Grundleiden an letzter Stelle)

1. Welche Krankheit oder Verletzung hat den Tod unmittelbar herbeigeführt?

Welche Krankheiten oder Verletzungen lagen der Angabe unter a) **ursächlich** zugrunde?

2. Welche anderen wesentlichen Krankheiten bestanden zur Zeit des Todes?

a) Urämie
als Folge von:
b) Harnstauung
als Folge von:
c) Prostatahypertrophie
(GRUNDLEIDEN)

Krebs
als Folge von:
Lungenmetastasen
als Folge von:
Pyloruscarcinom
(GRUNDLEIDEN)

Embolie
als Folge von:
Oberschenkelhalsbruch
(GRUNDLEIDEN)

Chronische Myokarditis

IX. Zusatzangaben

A. Bei Unfall, Vergiftung und Gewalteinwirkung einschl. Selbsttötung

1. Ursache der Schädigung

Sturz auf der Treppe

2. Unfallkategorie

- a) Arbeits- oder Dienstoffall ☐ (ohne Wegeunfall) b) Schulunfall ☐ (ohne Wegeunfall) c) Verkehrsunfall ☐ (einschl. Wegeunfall zu a) und b)) d) Häuslicher Unfall ☒
e) Sport-/Spielunfall ☐ (außer bei schulischer Veranstaltung oder im Haus) f) Sonstiger Unfall ☐ (nähere Angaben)

Sturz, und die Art der Verletzung, hier der Oberschenkelhalsbruch, als Todesursache festgehalten.

Die Todesursachen werden nach der ICD in 17 Hauptgruppen eingeteilt. Von zahlenmäßiger Bedeutung sind nur 11; und in 3 Gruppen sind allein 78% aller Gestorbenen einzureihen: 50% in die Gruppe "Krankheiten des Kreislaufsystems", 20% in die Gruppe "Neubildungen" und 8% in die Gruppe "Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen".

Die einzelnen Todesursachen

In Bild 2 sind die altersspezifischen Sterbeziffern für die 11 wichtigsten Todesursachengruppen dargestellt. Die oben genannten drei Gruppen ragen deutlich heraus. Auffallend ist der Verlauf der Kurve, die die Sterbehäufigkeit an Unfällen, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen darstellt. Sie allein zeigt für eine ganze Reihe von Lebensjahren, nämlich die mittleren, einen fast horizontalen Verlauf.

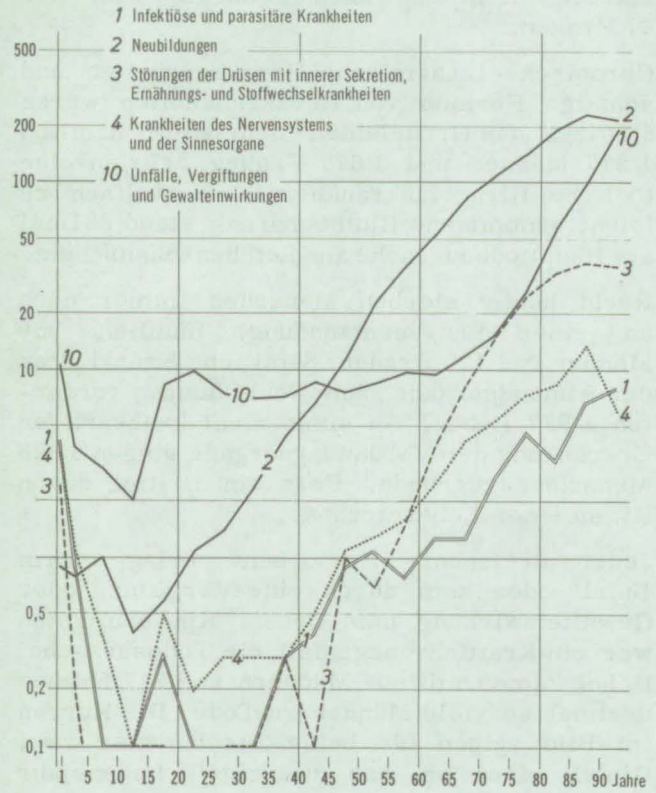
An infektiösen und parasitären Krankheiten sind 1971 144 männliche und 69 weibliche Personen, im folgenden der Kürze wegen Männer und Frauen genannt, gestorben. Diese an und für sich recht kleine Zahl ist deshalb erwähnenswert, weil immerhin noch 88 Männer und 31 Frauen einer Tuberkulose wegen ihr

Leben lassen mußten. Diese oft totgesagte Krankheit fordert auch heute noch ihre Opfer.

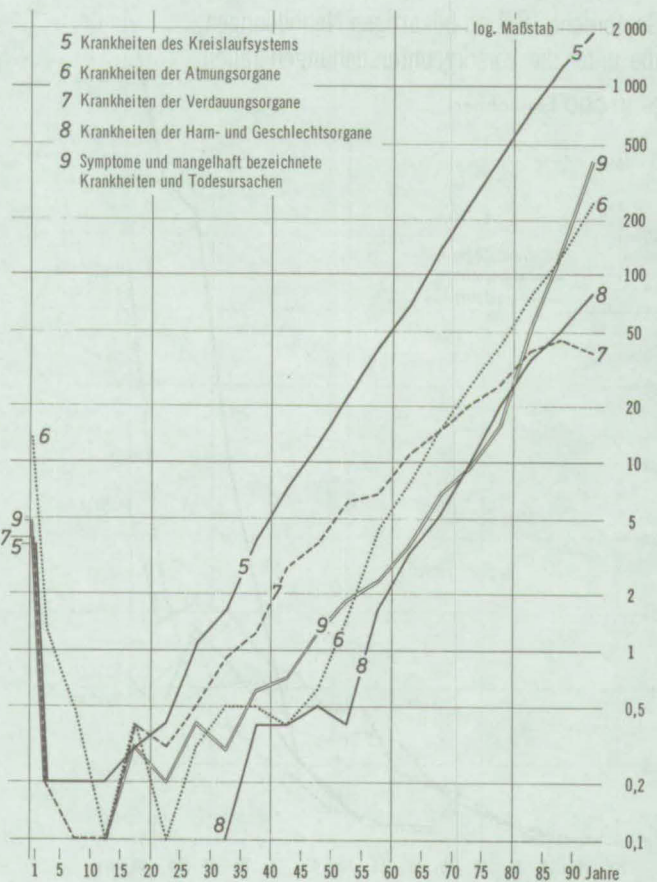
Gestorbene 1971 nach der Todesursache

Todesursache	Gestorbene			
	Anzahl		je 10 000 Einwohner	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	144	69	1,2	0,5
Neubildungen	3 283	3 243	27,2	24,6
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	257	520	2,1	3,9
Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	196	195	1,6	1,5
des Kreislaufsystems	7 600	8 260	62,9	62,5
der Atmungsorgane	956	741	7,9	5,6
der Verdauungsorgane	679	646	5,6	4,9
der Harn- und Geschlechtsorgane	401	274	3,3	2,1
Bestimmte Ursachen der perinatalen Mortalität	228	193	1,9	1,5
Symptome und mangelhaft bezeichnete Todesursachen	521	578	4,3	4,4
Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen	1 496	991	12,4	7,5
Übrige Krankheiten	215	265	1,8	2,0
Insgesamt	15 976	15 975	132,2	120,9

Gestorbene 1971 nach Alter und Todesursache
je 10 000 Einwohner



D - 4516



Sehr viel mehr Leid lösen die Neubildungen aus. Ihnen erlagen 3 283 Männer und 3 243 Frauen. Den Laien dürfte es überraschen, daß selbst 3 Säuglinge und 35 Kinder zwischen einem und zehn Jahren an einer Neubildung starben. Fast alle 6 526 Personen starben an einer bösartigen Neubildung, nur 17 an gutartigen Neubildungen und 256 an Neubildungen unbekannten Charakters.

Die meisten litten an einer bösartigen Neubildung im Bereich der Verdauungsorgane und des Bauchfells. Von diesen 2 493 Personen hatten allein 1 065 Magenkrebs und 835 einen verkrebsten Dick- oder Mastdarm. Dem Tod von 1 023 Menschen lag ein Karzinom der Atmungsorgane zugrunde. Hier zeigt sich eine erheblich stärkere Gefährdung des männlichen Geschlechts. Daß dies mit dem Rauchen zusammenhängt, wird mittlerweile wohl nicht mehr ernsthaft bezweifelt.

Für 1 143 Personen lautet das Grundleiden "Karzinom der Harn- und Geschlechtsorgane".

Seit 1971 können Frauen von Beginn des 30. Lebensjahres an jährlich einmal an einer ärztlichen Vorsorgeuntersuchung zur Früherkennung von Brust-, Genital- und Mastdarmkrebs teilnehmen. Männer können sich vom 45. Lebensjahr an auf Mastdarm- und Prostatakrebs untersuchen lassen. Diese Krebsformen sind nach den Erkenntnissen der medizinischen

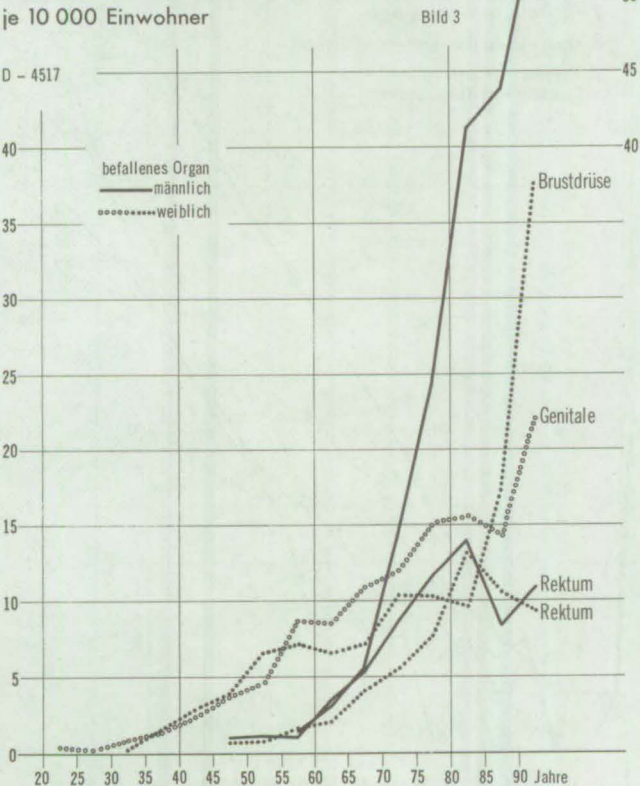
Wissenschaft schon heute einer Früherkennung zugänglich. Daß diese Altersgrenzen sinnvoll gewählt sind, daß aber auch die regelmäßige Überwachung mit zunehmendem Alter Bedeutung gewinnt, zeigt Bild 3.

Hinter der Gruppe "Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten", unter der die Sterbefälle von 257 Männern und 520 Frauen festgehalten sind, verbirgt sich eigentlich nur eine nennenswerte Krankheit: der Diabetes mellitus. Ihm erlagen 235 Männer und 482 Frauen.

An Krankheiten des Kreislaufsystems 1971 Gestorbene

Todesursache	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
Insgesamt	15 860	7 600	8 260
darunter			
Bluthochdruck	681	227	454
Akuter Herzmuskelinfarkt	3 284	2 128	1 156
Chronische ischämische Herzkrankheiten	2 557	1 215	1 342
Sonstige Formen von Herzkrankheiten	3 650	1 633	2 017
Hirngefäßkrankheiten	4 592	1 917	2 675
Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	558	254	304
Krankheiten der Venen und Lymphgefäße und sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems	412	178	234

Gestorbene 1971 an bösartigen Neubildungen, die unter die Vorsorgeuntersuchungen fallen



Die Hälfte aller Verstorbenen des Jahres 1971 starben an einer Kreislaufkrankheit, davon ein Fünftel an akutem Herzmuskelinfarkt. Männer starben doppelt so häufig an dieser Krankheit. Bis zum Alter von 55 Jahren starben allein 253 Männer daran, aber nur 47 Frauen.

Chronische ischämische Herzkrankheiten und sonstige Formen von Herzkrankheiten waren 6 207mal das Grundleiden. Sehr viele, nämlich 1 917 Männer und 2 675 Frauen erlitten eine tödliche Hirngefäßkrankheit. Der vielfach zu leicht genommene Bluthochdruck stand 681mal als Haupttodesursache im Leichenschauschein.

Recht häufig sterben Menschen immer noch an einer Lungenentzündung, nämlich 350 Männer und 429 Frauen. Sämtliche Krankheiten der Atmungsorgane ohne Neubildungen forderten 1 697 Leben. An einer nicht krebsartigen Erkrankung der Verdauungsorgane gingen 1 325 Menschen zugrunde. Fast ein Drittel davon litt an einer Leberzirrhose.

Jeder dreizehnte Gestorbene erlag einem Unfall oder kam durch eine Vergiftung oder Gewalteinwirkung ums Leben. Am häufigsten war ein Kraftfahrzeugunfall die Todesursache. Dabei kamen mit 601 Männern und 217 Frauen dreimal so viele Männer zu Tode. Die Kurven im Bild zeigen für beide Geschlechter zwei Gipfel: einen um das zwanzigste Lebensjahr

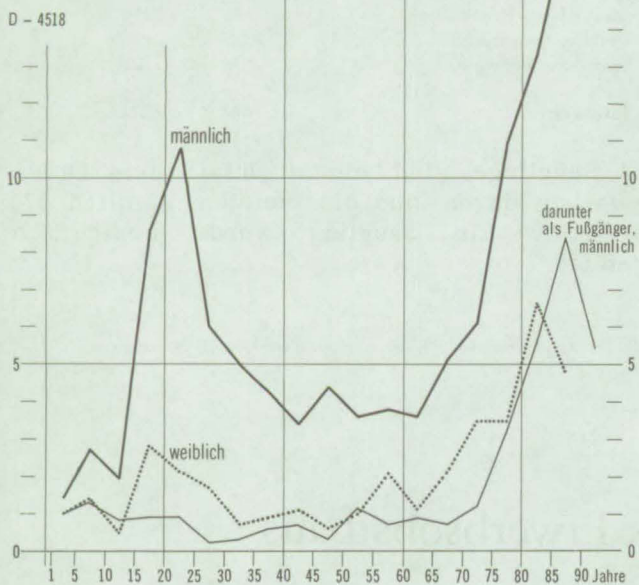
An Unfällen, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen
1971 Gestorbene

Todesursache	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
Insgesamt	2 487	1 496	991
darunter nach der Ursache			
Kraftfahrzeugunfälle im Verkehr	818	601	217
Unfälle durch Sturz	593	197	396
Selbstmord und Selbstbeschädigung	673	412	261
darunter nach der Art			
Bruch des Schädeldeckels und der Schädelbasis	152	119	33
Bruch der Gesichtsknochen	253	188	65
Bruch der Wirbelsäule und des Rumpfskeletts	161	101	60
Oberschenkelhalsbruch	395	88	307
Intrakranielle Verletzungen	307	227	80
Schädliche Wirkungen chemischer Stoffe	301	144	157

und den zweiten in den spätesten Lebensjahren. Daß ein hoher Anteil der um das zwanzigste Lebensjahr durch einen Kraftfahrzeugunfall ums Leben gekommenen Männer und Frauen als Fahrer oder Beifahrer am Straßenverkehr teilgenommen hatte, ist eine naheliegende Vermutung, ebenfalls daß ein hoher Anteil der ganz jungen und der alten Verkehrsoffer Fußgänger waren. Bild 4 bestätigt dies.

Durch Kfz-Unfälle im Verkehr Gestorbene 1971

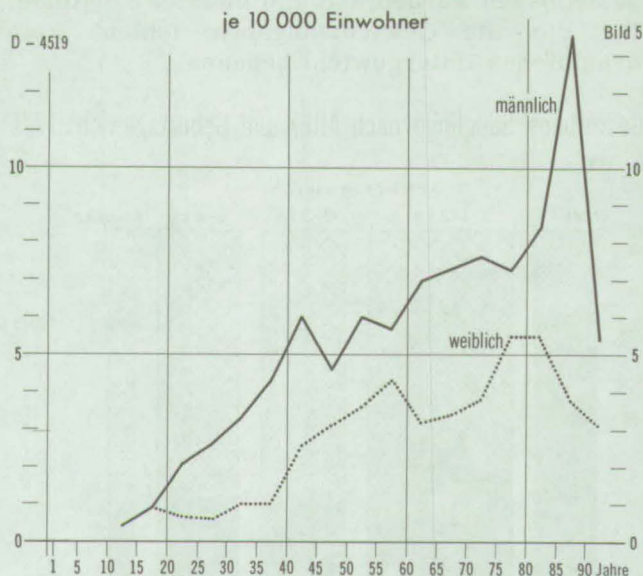
je 10 000 Einwohner



Beklagenswert ist es, daß Jahr für Jahr so viele alte Menschen durch einen Sturz so starke Verletzungen erleiden, daß sie das Bett hüten müssen und dann oft an einer Folgekrankheit, etwa einer Embolie, sterben. Viele dieser Stürze ereignen sich dem Alter der Stürzenden entsprechend im Hause, die häufige unmittelbare Folge ist ein Oberschenkelhalsbruch.

Jahr für Jahr legen mehr als ein halbes Tausend Einwohner erfolgreich Hand an ihr eigenes Leben. Die Selbstmörderzahl entspricht 1971 fast genau der Zahl der gestorbenen Säuglinge. Wie bereits in einem früheren Aufsatz dargelegt wurde, steigt die Selbstmordhäufigkeit mit dem Alter, da die Ernsthaftigkeit der Versuche mit dem Alter zunimmt, weil Einsamkeit und Krankheit zunehmen¹. Der alte, Selbstmordgedanken nachhängende Mensch will nicht Hilfssignale setzen, er will aus dem Leben scheiden.

Durch Selbstmord und Selbstbeschädigung Gestorbene 1971



Sechs von zehn Selbstmördern sind Männer. Sie wählen vorzugsweise den Strick, während die Frauen vor allem zu Tabletten greifen.

Durch Selbstmord und Selbstbeschädigung 1971 Gestorbene

Todesursache	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
Vergiftung mit festen oder flüssigen Stoffen	221	90	131
im Haushalt verwendeten Gasen	8	4	4
sonstigen Gasen	24	22	2
Erhängen, Erdrosseln und Erstickten	285	208	77
Ertränken	34	14	20
Feuerwaffen und Explosivstoffe	33	30	3
Schneidende u. stechende Gegenstände	11	7	4
Sturz aus der Höhe	14	5	9
Sonstige	43	32	11
Insgesamt	673	412	261

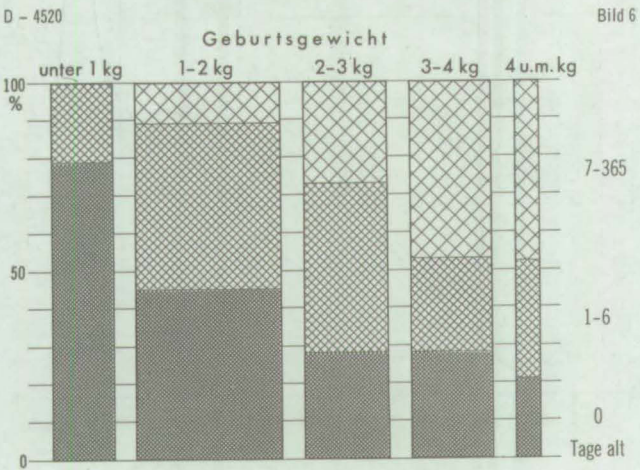
Wie oben erwähnt, starben 1971 fast gleichviel Säuglinge wie Selbstmörder, nämlich 374 Jungen und 313 Mädchen. Von 1 000 Lebendgeborenen überlebten 20 damit nicht das erste

¹⁾"Unnatürliche Todesfälle 1967" in dieser Zeitschrift 1968, S. 199 (September)

Lebensjahr. Fast die Hälfte von den 687 starben aber bereits am ersten Tag, nach einem Monat waren es drei Viertel.

Daß die meisten Säuglingssterbefälle Mangelgeburten waren, läßt sich schon am Geburtsgewicht ablesen. Säuglinge bis 2 500 Gramm gelten als Frühgeburten. 345 gestorbene Säuglinge fallen unter diese Definition. Nur 189 wogen bei der Geburt mehr. Allerdings liegen für 153 Säuglinge keine Angaben über das Geburtsgewicht vor. Da 107 dieser Säuglinge im zweiten bis zwölften Lebensmonat gestorben sind, von den Frühgeburten dagegen nicht einmal 5% so alt geworden sind, kann geschlossen werden, daß die meisten Säuglinge, für die die Gewichtsangaben fehlen, kein erhebliches Untergewicht besaßen.

Gestorbene Säuglinge nach Alter und Geburtsgewicht 1971



Das Bild zeigt die mit abnehmendem Geburtsgewicht steigende Gefährdung des Neugeborenen.

Woran starben die Säuglinge? Die Tabelle gibt darüber Aufschluß. 153 hatten eine hypoxische Krankheit, d.h. sie litten an Sauerstoffmangel. Wie schon angedeutet, waren viele Säuglinge

unreif. Für 116 wurde daher die Diagnose "nicht näher bezeichnete Unreife" gestellt. 106 Kinder starben wegen angeborener Mißbildung, genau die Hälfte wegen Herzmißbildung. Stark zu schaffen machen den Säuglingen Erkältungskrankheiten. Allein 31 der 45 an Krankheiten der Atmungsorgane Gestorbenen litten an Lungenentzündung.

Säuglingssterbefälle 1971

Todesursache	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	14	11	3
Neubildungen	3	-	3
Störungen der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	8	3	5
Krankheiten des Blutes			
und der blutbildenden Organe	1	1	-
des Nervensystems und der Sinnesorgane	12	4	8
des Kreislaufsystems	12	5	7
der Atmungsorgane	45	25	20
der Verdauungsorgane	13	5	8
des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	1	-	1
Angeborene Mißbildungen	106	60	46
Bestimmte Ursachen der perinatalen Mortalität	421	228	193
darunter nicht näher bezeichnete hypoxische Krankheiten	153	80	73
Unreife	116	59	57
Symptome und mangelhaft bezeichnete Krankheiten	16	10	6
Unfälle, Vergiftungen und Gewalteinwirkungen	35	22	13
Insgesamt	687	374	313

34 Säuglinge sind einem Unfall zum Opfer gefallen, davon sind die meisten, nämlich 27, erstickt. Ein Säugling wurde absichtlich getötet.

Gustav Thissen

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht A IV 3 enthalten

Die Entwicklung des Erwerbsobstbaus

Erste vorläufige Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1972/73

Der Erwerbsobstbau Schleswig-Holsteins hatte während des vergangenen Jahrzehnts erheblich unter dem Überangebot an Obst innerhalb der EWG und den damit verbundenen niedrigen Erzeugerpreisen zu leiden. Als daher zur Dämpfung des Angebotsdrucks und der Überproduktion in den Jahren 1971 und 1972

Prämien zur Rodung von Obstbäumen vom Staat (Bund und EG) gewährt wurden, machte eine große Zahl von schleswig-holsteinischen Obstbauern von dieser Möglichkeit Gebrauch. In den Jahren 1970 bis 1972 wurden über 1 200 ha, mehr als die Hälfte aller bestehenden Apfelanlagen, gerodet.

Obstart	1965	1972 (vorläufig)
	ha	
Apfel	2 127	1 157
Birne	44	36
Sauerkirsche	147	130
Süßkirsche	6	9
Pflaume, Zwetsche	81	44
Sonstiges Baumobst	4	0
Zusammen	2 409	1 376

Die Neuanpflanzungen seit 1970 konnten nur einen kleinen Teil der Rodungen wieder kompensieren, so daß die Gesamtfläche der Apfelbäume des intensiven Verkaufsanbaus 1972 nur noch 1 157 ha betrug.

Die für 1965 errechneten Flächen der Birnen und der Pflaumen und Zwetschen lagen zum größten Teil innerhalb von Apfel- oder Mischanlagen. Dabei dienten die Pflaumen und Zwetschen überwiegend als Windschutz und Begrenzung. Der genaue Umfang läßt sich für 1972/73 nicht feststellen, da nur 1965 die "reinen Anlagen" getrennt nachgewiesen wurden. Damals waren nur 16 ha der errechneten 44 ha Birnenfläche reine Birnenanlagen gewesen und nur 26 ha der 81 ha Pflaumen- und Zwetschenfläche reine Pflaumen- und Zwetschenanlagen.

Die starke Verminderung der Flächen der Birnen, Pflaumen und Zwetschen dürfte u.a. besonders darauf zurückzuführen sein, daß ältere Apfelanlagen mit Rand- und Zwischenpflanzungen anderer Obstarten sowie Mischanlagen bevorzugt gerodet worden sind. Diese Anlagen genügen den heutigen betriebswirtschaftlichen Anforderungen zumeist nicht mehr und sind daher unrentabel.

Die einzige Baumobstart, deren Fläche 1972 nur wenig kleiner war als im Jahre 1965, ist die Kirsche, und hier auch nur die Sauerkirsche. Es ist anzunehmen, daß die Fläche der reinen Kirschenanlagen, die 1965 noch 81 ha betrug, 1972 sogar größer gewesen ist. Die Art der Erhebung läßt es leider nicht zu, die Fläche der reinen Kirschenanlagen für 1972 zu berechnen.

Neben den Flächengrößen wurden in der Gartenbauerhebung 1972/73 auch Sorte und Pflanzjahr der Apfelbäume festgestellt. Bezüglich der Sorte wurde aber nicht die Fläche, sondern die Anzahl der Bäume ermittelt. Bei der Berechnung der Flächen der einzelnen Sorten wurden die Bäume jeder einzelnen Anlage proportional auf die Fläche verteilt. Dabei wurde unterstellt, daß alle Bäume den gleichen Standraum einnehmen. Das ist bei jüngeren Anlagen fast immer annähernd der

Fall; nur bei älteren Anlagen mit Halbstämmen und Buschbäumen ist diese Berechnungsart nicht ganz exakt. Auf das Landesergebnis dürften sich diese Ungenauigkeiten jedoch nicht wesentlich auswirken.

Die Apfelsorten im intensiven Verkaufsanbau 1972

Sorte	vorläufiges Ergebnis	
	Anbau	
	ha	%
Cox Orange	352	30
Holsteiner Cox	159	14
Golden Delicious	143	12
James Grieve	114	10
Boskoop	93	8
Ingrid Marie	93	8
Finkenwerder Herbstprinz	47	4
Winterglocken	38	3
Übrige Sorten ¹ zusammen	120	10
Äpfel insgesamt	1 157	100

¹⁾ Sorten mit jeweils unter 2 % Flächenanteil

Für die dargestellten Ergebnisse über die Flächen und Anteile der Apfelsorten gibt es keine vergleichbaren Erhebungsergebnisse früherer Jahre. Lediglich aus den Stichprobenflächen für die Erntemessungen gab es grobe, mit einem größeren Zufallsfehler behaftete Informationen über die Sortenverteilung. Diese bisher einzigen Informationen werden weitgehend durch die Erhebungsergebnisse 1972/73 bestätigt.

Mit 30% Flächenanteil steht die Sorte Cox Orange weit an der Spitze, gefolgt vom Holsteiner Cox mit 14%, Golden Delicious mit 12% und James Grieve mit 10%. Früher verbreitete Sorten wie Martini, die 1965 nach den Ergebnissen der Erntemessungsstichprobe noch etwa 10% der damals doppelt so großen Gesamtfläche eingenommen hat, steht heute nur noch auf 22 ha, weniger als 2% der Gesamtfläche an Äpfeln und schätzungsweise ein Zehntel der Fläche von 1965.

Weitere interessante Einblicke in die Struktur des Obstbaus gewähren die Ergebnisse einer Sonderauszählung der Apfelanlagen nach Sorten und Pflanzjahr, die in dem nachstehenden Bild dargestellt sind.

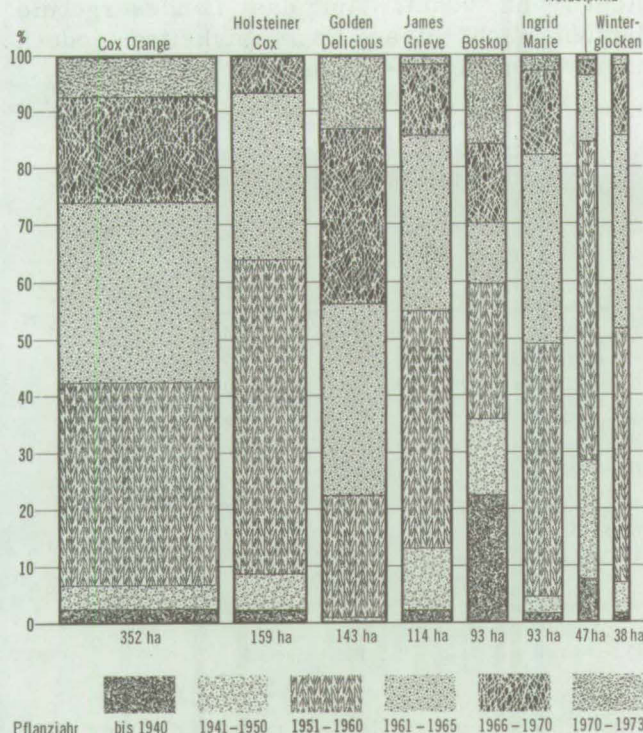
Im Verlauf der letzten drei Jahre wurden fast nur noch die Sorten Cox Orange, Golden Delicious und Boskoop neu gepflanzt. In den Jahren 1966 - 1970 waren ebenfalls diese Sorten, daneben noch James Grieve, Ingrid Marie und Holsteiner Cox in nennenswertem Umfang neu gepflanzt worden. Sehr viel ältere Anlagen (Pflanzung vor 1950) gab es noch beim Boskoop, Finkenwerder Herbst-

Der Altersaufbau der 8 verbreitetsten Apfelsorten 1972/73

D - 4508

- vorläufiges Ergebnis -

Finkenwerder
Herbstprinz



einigen Jahren in das Sortiment unseres schleswig-holsteinischen Obstbaus aufgenommen worden.

In der letzten Übersicht sind die Ergebnisse einer Auszählung der Betriebe mit erwerbsmäßigem Apfelanbau nach der Größe der Apfelfläche je Betrieb dargestellt.

Größenstruktur der Betriebe mit Apfelanlagen 1972/73

vorläufiges Ergebnis

Fläche der Apfelanlagen je Betrieb	Betriebe	Fläche der Apfelanlagen
	Anzahl	ha
unter 0,2 ha	30	3
0,2 - 0,5 ha	66	22
0,5 - 1 ha	73	51
1 - 2 ha	93	125
2 - 3 ha	41	99
3 - 5 ha	49	184
5 und mehr ha	72	673
Insgesamt	424	1 157

Der Obstbau zum Verkauf wird danach in Schleswig-Holstein in sehr unterschiedlichen Größenordnungen betrieben. Von den 424 Betrieben mit intensivem Apfelanbau haben 40% weniger als 1 ha Apfelanlagen. Diese Betriebe bewirtschaften allerdings nur knapp 7% der Apfelfläche. Dagegen besitzen 17% der Betriebe 5 und mehr ha Apfelfläche. Mit einer durchschnittlichen Anbaufläche von gut 9 ha besitzen diese größeren Apfelproduzenten fast 60% der gesamten Apfelfläche, soweit es sich um Anbau zum Verkauf handelt.

Dr. Matthias Sievers

prinz und beim Holsteiner Cox. Viele ältere einerseits und daneben verhältnismäßig viele neue Anlagen andererseits lassen beim Boskoop den Schluß zu, daß diese früher sehr verbreitete Sorte erst seit kurzer Zeit wieder größere Bedeutung erhält.

Völlig anders ist der Altersaufbau bei der Sorte Golden Delicious, bei der fast 80% nach 1965 gepflanzt wurden und sehr alte Anlagen kaum existieren. Diese Sorte ist erst seit

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

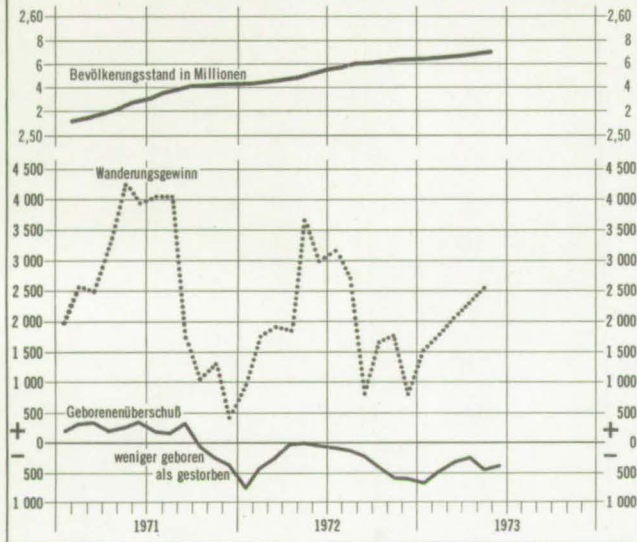
. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

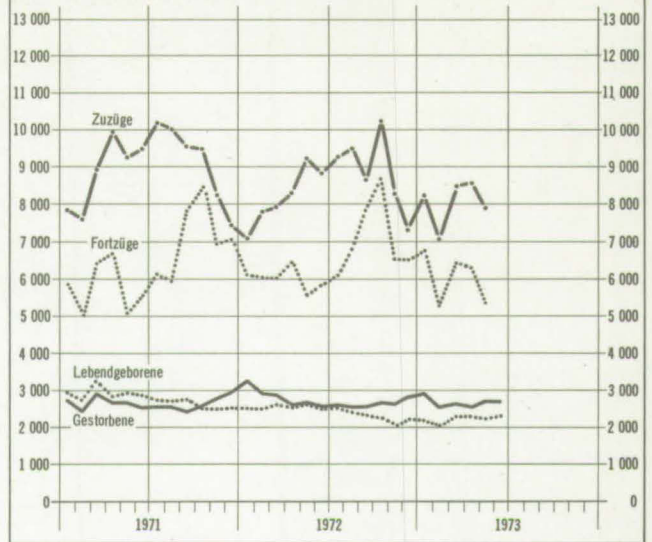
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

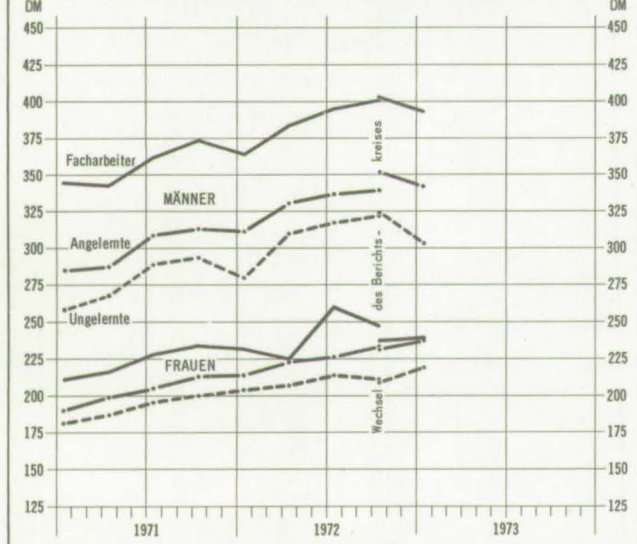
DIE BEVÖLKERUNGSZAHL UND IHRE VERÄNDERUNG



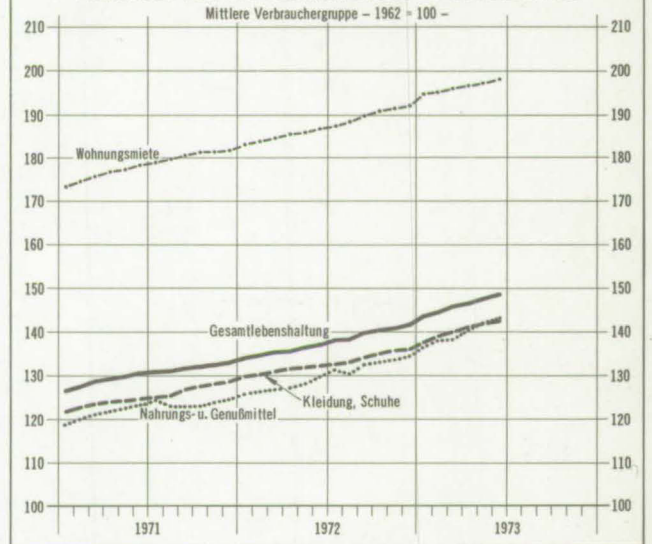
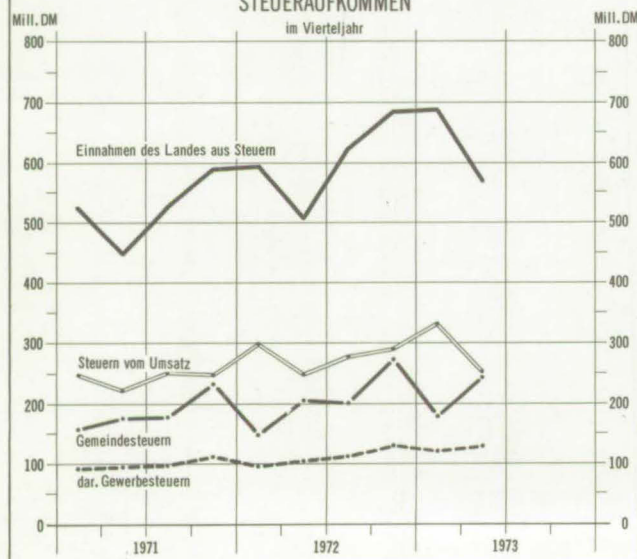
BESTANDTEILE DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



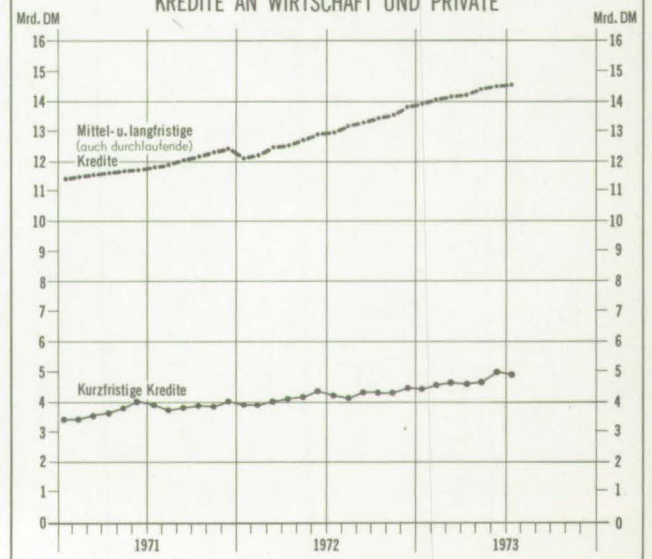
BRUTTOWOCHENVERDIENSTE DER INDUSTRIEARBEITER

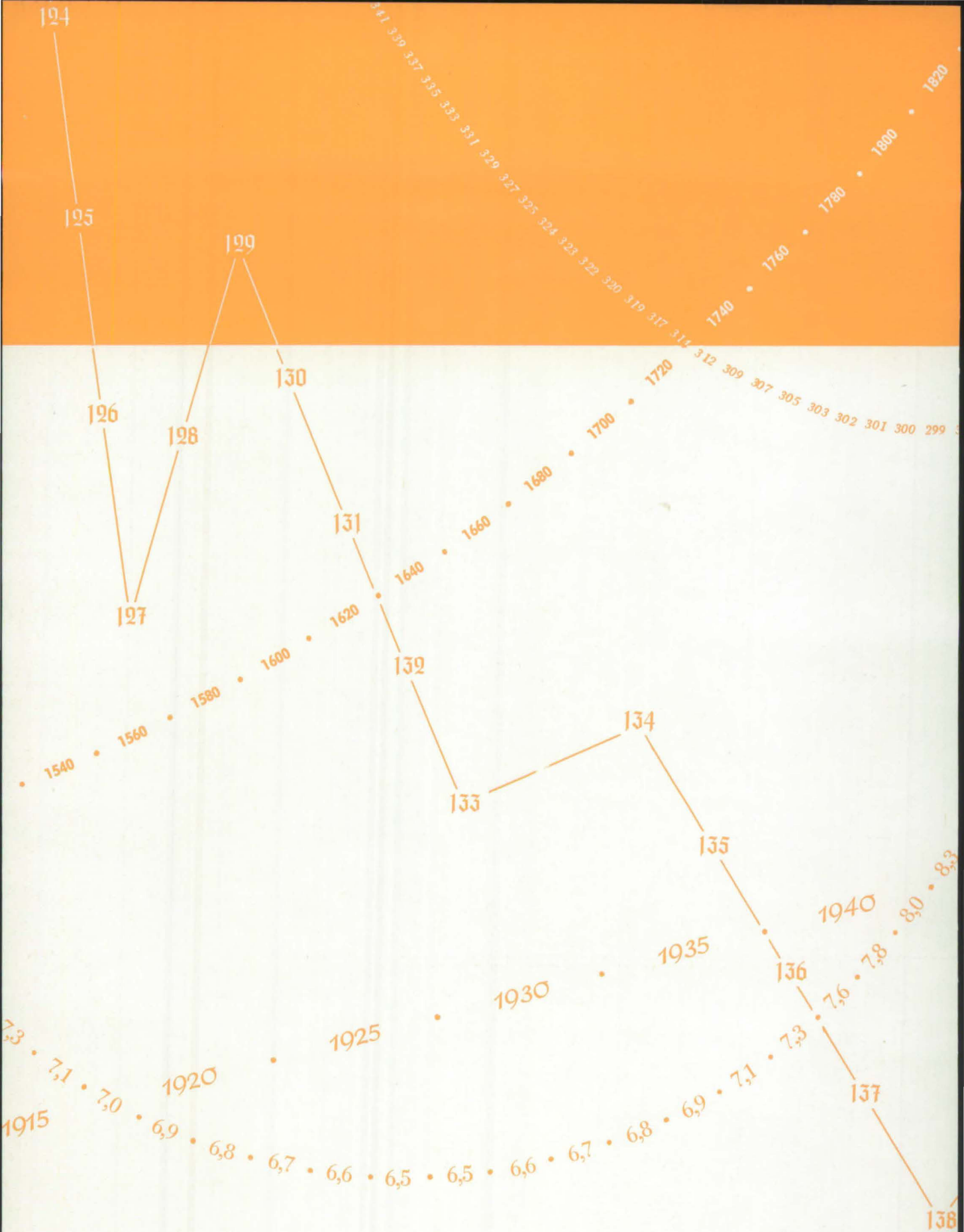


PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM BUNDESGBEIT

STEUERAUFKOMMEN
im Vierteljahr

KREDITE AN WIRTSCHAFT UND PRIVATE





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen